

„Es gibt sehr viel zu sagen. Es hat sich viel geändert und es hat uns sehr belastet.“

volkshilfe.

BETROFFEN VON DER KLIMAKRISE.

EIN PROJEKT ZUR PERSPEKTIVE VON ARMUTS- UND AUSGRENZUNGS-
GEFÄHRDETEN MENSCHEN AUF DIE KLIMAKRISE UND DEREN FOLGEN

ZWISCHENBERICHT FÜR DAS PROJEKT: BETROFFEN VON DER KLIMAKRISE.

EINE BEAUFTRAGUNG DURCH DAS BMK ZUR ENTWICKLUNG VON
KOMMUNIKATIONSFORMATEN FÜR ARMUTS- UND
AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETE MENSCHEN IM UMGANG MIT DER
KLIMAKRISE

Erstellt von: Larcher, Anna und Chahrour, Marie
Funktion: Projektteam
Erstellt am: 7.2.2024

INHALT

1	Projektbeschreibung	3
2	Gespräche mit Expert*innen	5
3	Umfrage unter 100 Armutsbetroffenen zur Klimakrise	7
3.1	Erhebung und Auswertung der Umfrage.....	7
3.2	Sample der Umfrage	9
3.3	Ergebnisse der Umfrage.....	10
3.3.1	Perspektiven und Einstellungen.....	10
3.3.2	Betroffenheit und Bedarfe	11
3.3.3	Klimafreundliches Handeln	13
3.3.4	Informationskanäle	16
3.4	Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse	17
3.5	Reflexion der Umfrage	21
4	Kommunikationsformate für Armutsbetroffene im Umgang mit der Klimakrise	22
4.1	Partizipation Armutsbetroffener in Klimaprojekten.....	23
4.2	Evaluation der Kommunikationsformate	26
4.2.1	Fokusgruppe	27
4.2.2	Beteiligungsfrühstück	33
4.2.3	Beratungscafé	39
5	Erkenntnisse aus Umfrage und Kommunikationsformaten	47
5.1	Inhaltliche Erkenntnisse.....	47
5.2	Methodische Erkenntnisse	51
5.3	Strategische Erkenntnisse	53
6	Strategieansätze für den Umgang mit Armut und Klima	54
7	Zusammenfassung und Ausblick	57

8	Literaturverzeichnis	58
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	62
10	Liste der Beilagen	62

1 Projektbeschreibung

17,5% der österreichischen Bevölkerung sind armutsgefährdet¹. Das sind 1,5 Millionen Menschen, die nicht genug finanzielle Mittel haben um ihren Wohnraum im Winter zu heizen, ausreichend (gesunde) Lebensmittel einzukaufen oder ihre Miete zu bezahlen. Ein besonderes Risiko armutsgefährdet zu sein haben Kinder aber auch ältere Frauen, Alleinerzieherinnen, Langzeitarbeitslose und Menschen mit chronischer Erkrankung (Statistik Austria 2023).

Armutsbetroffene und ausgrenzungsgefährdete Menschen tragen in Österreich am wenigsten zur Klimakrise und dem Ausstoß von CO₂-Emissionen bei, sind aber gleichzeitig diejenigen, die am meisten von den Konsequenzen betroffen sind. (Greenpeace 2020, 5; BMSGPK 2021). Hierzu zählen nicht nur die klimapolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, die oftmals mit Preissteigerungen verbunden sind und somit die bereits finanziell prekäre Situation von Armutsbetroffenen weiter belasten. Sondern vor allem die fehlenden Möglichkeiten, sich vor Auswirkungen der Klimakrise ausreichend schützen zu können. Dazu zählen besonders Hitze, aber auch Kälte oder Nässe (zum Beispiel Überschwemmungen). Der Wohnraum selbst müsste oftmals durch hohe Kosten klimafit gestaltet werden, Armutsbetroffene wohnen weiters mehrheitlich in Gegenden, die dicht bebaut sind, wenig Begrünung aufweisen und ein hohes Verkehrsaufkommen haben. Somit sind diese Regionen stärker von Wetterextremen betroffen und werden zum Beispiel im Sommer zu sogenannten Hitzeinseln (BMSGPK 2021).

Diese bestehende Ungerechtigkeit verdeutlicht die Notwendigkeit, die Perspektiven Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeter in Diskurse rund um Klimapolitik und Klimaschutz miteinzubeziehen und die hohe Relevanz von klimapolitischen Maßnahmen für Armutsbetroffene zu erkennen. Um die Situation Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeter im Zusammenhang mit der Klimakrise zu verstehen und zu verbessern, ist es notwendig, sie selbst nach ihren Erfahrungen, Einstellungen und Sichtweisen zu fragen. Die Betroffenen sind Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt, weshalb nur sie selbst Auskunft über Problemlagen und Unterstützungsbedarfe geben können. Ähnlich wie bei anderen gesellschaftlich relevanten Themen, haben Armutsbetroffene auch im Hinblick auf die Klimakrise keine oder eine sehr eingeschränkte Stimme im öffentlichen Diskurs. Ihre Erfahrungen und Interessen sind in der Debatte über Klimapolitik wenig bis gar nicht repräsentiert, obwohl sie, wie bereits angeführt, zu den Hauptbetroffenen

¹ In Österreich liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei einem Einpersonenhaushalt bei 1.392 Euro im Monat. Pro weiterer Erwachsener werden 696 Euro und pro Kind 418 Euro hinzugerechnet. Liegt das Haushaltseinkommen darunter, liegt eine Armutsgefährdung vor (Statistik Austria 2023).

der Klimakrise zählen. Das geplante Projekt soll zur Behebung dieses Missstandes beitragen, indem zunächst empirisches Datenmaterial über Ressourcen, Strategien und Perspektiven Armutsbetroffener zu ökologischen Themen gesammelt werden. Die darauf aufbauende Auseinandersetzung mit Klimafragen, die in Form der Veranstaltungsformate erfolgt, basiert somit auf den Lebensrealitäten und Sichtweisen der Betroffenen. Eine Gender- und Diversity Perspektive wurde dabei immer miteinbezogen, denn vor allem auch Geschlecht und Migrationshintergrund sind ein weiterer Vulnerabilitätsfaktor im Hinblick auf die Klimakrise. (BMSGPK 2021, 32). **Zentrale Fragen im Rahmen der Projektumsetzung waren:**

1. Welche Belastungen bestehen bei armutsbetroffenen Haushalten im Umgang mit Extremwettern und Klimaveränderungen?
2. Welche Möglichkeiten der Klimawandelanpassung haben sie?
3. Welche Kommunikationsformate sind geeignet, um armutsbetroffene Haushalte im Umgang mit der Klimakrise zu erreichen?

Die Projektumsetzung der ersten Projektphase fand zwischen 1.1.2022 und 31.1.2024 statt. Im ersten Schritt wurden telefonische Umfragen unter 100 armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen zu Themen durchgeführt, die im Zusammenhang mit Klimakrise und Klimapolitik stehen. Basierend auf den Umfrageergebnissen wurden verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt, bei denen Aspekte des Klimawandels, Klimaschutz, Klimaanpassung, Energiearmut, Klimagerechtigkeit und allgemein die Perspektive und Bedürfnisse der Armutsbetroffenen hinsichtlich der genannten Aspekte thematisiert wurden. Diese umfragebasierte Vorgehensweise ermöglicht es, die Einstellungen und Wahrnehmungen der Betroffenen direkt in die Entwicklung von Veranstaltungen zu ökologischen Themen einfließen zu lassen. Im Rahmen einer anschließenden Auswertung und Analyse werden erste Strategieansätze für den Umgang mit Armut und Klima in der Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit gebildet.

Im Rahmen der gesetzten Aktivitäten sollen **Wissensvermittlung, Empowerment, Advocacy** und **Klimagerechtigkeit** die inhaltlichen Ziele dieses Projekts darstellen. Die auf der Umfrage basierenden, entwickelten Veranstaltungen können je nach Format unterschiedliche, kleinere Ziele verfolgen. Wissensvermittlung, Empowerment, Advocacy und Klimagerechtigkeit sind jedoch die übergeordneten Ziele des Projektes, die bei beiden Projektbestandteilen mitgedacht werden und bei Abschluss des Projekts erreicht werden sollen.

Das vorliegende Projekt wurde im Rahmen einer Beauftragung durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), genauer mit der Sektion Klimaschutz, umgesetzt.

2 Gespräche mit Expert*innen

Fünf Expert*innen aus verschiedenen Bereichen wurden zu den Themen Bedingungen für ein klimafreundliches Leben, Klimapolitik, soziale Implikationen der Klimakrise, Energiearmut, etc. befragt. Die Gespräche fanden zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 statt, und wurden mit folgenden Personen geführt:

1. **Christine Sallinger:** aktiv in der Betroffenenorganisation Plattform Sichtbar Werden sowie der Armutskonferenz; ist selbst armutsbetroffene Pensionistin
2. **PhD, MSc, BSc, Ernest Aigner:** Koordinator des APCC-Sachstandsbericht Strukturen für ein klimafreundliches Leben; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzzentrum Klima und Gesundheit der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG)
3. **Ing.in Karin Gruber, BSc:** Zertifizierte Energieberaterin, Energie- und Umweltmanagerin (BSc), Diplomierte Sozialarbeiterin, Elektrotechnikerin
4. **Laura Allinger, MA und Clara Moder, MA:** Co-Herausgeberinnen und Co-Autorinnen des Buches Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten (2021). Laura Allinger ist Referentin für Armut und Soziales, Arbeit und Beschäftigung bei der Volkshilfe Österreich. Clara Moder ist sozialpolitische Grundlagenreferentin bei arbeit plus. Beide sind in der Armutskonferenz aktiv.
5. **ao.Univ.Prof. Dr. Karl Michael Brunner:** Professor am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung der WU Wien, Kompetenzzentrum für Sustainability Transformation and Responsibility. Forschungsschwerpunkte u.a. nachhaltiger Konsum und Energiearmut.

Bei der Auswahl der Expert*innen wurde darauf geachtet, dass sowohl Vertreter*innen aus Wissenschaft und sozialen Organisationen, als auch Armutsbetroffene als Expert*innen ihrer Lebenswelt, eingebunden sind. Die Interviews wurden von Projektmitarbeiterin Marie Chahrour durchgeführt, entweder im persönlichen Gespräch oder über ein online Format. Inhaltlich orientierten sich die Fragen der Interviews an den jeweiligen Wissensbereichen der Gesprächspartner*innen. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Expert*innengespräche zusammenfassend dargestellt.

Vulnerabilität aufgrund des Wohnraums

Die eigene Wohnung ist ein bestimmender Faktor dafür, inwiefern Menschen von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Im Rahmen aller Expert*innengespräche stellten sich dabei zwei Dimensionen als zentral heraus. Zum einen die *Lage* der Wohnung, die u.a. das Ausmaß an Feinstaubbelastung, den Zugang zu Grünraum und den Grad der Lärmbelastigung bestimmt. Zum

anderen bestimmte *Eigenschaften* der Wohnung, wie Zustand, Größe, Bausubstanz oder das jeweilige Heizsystem, welche die Möglichkeiten der individuellen Klimawandelanpassung entscheidend beeinflussen. Für die Bewohner*innen können sich aus diesen beiden Faktoren potentielle negative Gesundheitsfolgen ergeben, sowie ein höheres Risiko von Energiearmut betroffen zu sein.

Ursachen und Folgen von Energiearmut

Die meisten armutsbetroffenen oder -gefährdeten Haushalte sind aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel dazu gezwungen sehr wenig Energie zu verbrauchen. Deshalb sollte bei Energieberatungen für armutsbetroffene/ -gefährdete Haushalte nicht die Frage danach im Zentrum stehen, wie mehr Energie eingespart werden kann. Stattdessen muss gemeinsam mit den Haushalten besprochen werden, wie die vorhandenen finanziellen Mittel für Energie möglichst effizient eingesetzt werden können.

Fehlende finanzielle Mittel neue, energieeffiziente elektrische Geräte anzuschaffen sowie mangelnde mietrechtliche Möglichkeiten ein neues Heizsystem einzubauen, erschwert es Menschen mit geringem Haushaltseinkommen energieeffizienter zu leben und somit ihre Energiekosten zu senken. Gleichzeitig haben armutsbetroffene Haushalte in den meisten Fällen bereits einen sehr geringen Energieverbrauch, da sie Kosten sparen müssen. Von Energiearmut betroffen zu sein führt zu negativen Folgen für die Gesundheit sowie für die soziale Teilhabe, wodurch insgesamt die Lebensqualität sinkt.

Maßnahmen auf individueller und struktureller Ebene

Aufgabe der Politik ist es, der Bevölkerung zu ermöglichen, klimafreundlich zu handeln. Dafür muss die klimafreundliche Handlungsoption leichter zugänglich und attraktiver sein, als die klimaschädliche. Ökologische Infrastrukturmaßnahmen zu setzen ist hier von essentieller Bedeutung, insbesondere für armutsgefährdete Haushalte, da diese besonders von öffentlicher Infrastruktur abhängig sind.

Auf individueller Ebene könnte mit Maßnahmen wie einer sozialen Energieberatung angesetzt werden, um energiearme Haushalte zu unterstützen. Wie bereits erwähnt sollte der Fokus hier darauf liegen, energiesparende und klimafreundliche Lösungen gemeinsam mit dem Haushalt zu besprechen und diese auch bei der Umsetzung zu begleiten und zu unterstützen. Soziale Energieberater*innen können den im Haushalt lebenden Personen Handlungsspielräume aufzeigen und Bildungsarbeit leisten, beispielsweise in Bezug darauf, wie sich die Energiekostenrechnung zusammensetzt, wo ein besonders hoher Verbrauch anfällt, etc..

Ansätze für eine sozial gerechte und transformative Klimapolitik

Da Klimapolitik eng mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit verknüpft ist, hat sie auch eine sozialpolitische Dimension. Daher ist es notwendig diese beiden

Bereiche, Klimapolitik und Sozialpolitik, auf politischer Ebene zu verbinden und nicht gegeneinander auszuspielen.

Darüber hinaus sollten Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimakrise gemeinsam gedacht werden, um eine transformative Anpassungspolitik zu ermöglichen. So können Menschen bei der Klimawandelanpassung unterstützt werden, während sie gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Aus Perspektive einer klimasozialen Politik sollte der Fokus unter anderem auf nachhaltigen Wohnbau sowie eine bessere Isolierung und ökologische Sanierung von bestehenden Mietwohnungen gelegt werden. Insgesamt sollten sich klimapolitische Maßnahmen stärker an das Verhalten oberer Einkommensschichten richten, da hier mehr finanzielles Potential und übermäßige CO₂-Emissionen vorhanden sind. Um Änderungen im Verhalten dieser Bevölkerungsgruppe zu erreichen, müssen verstärkt Verbote und Sanktionierungsmechanismen eingesetzt werden.

3 Umfrage unter 100 Armutsbetroffenen zur Klimakrise

Der umfragebasierte Ansatz ermöglicht es, die Einstellungen und Wahrnehmungen der Betroffenen direkt in die Entwicklung von Veranstaltungen zu ökologischen Themen einfließen zu lassen. So konnten Formate entwickelt werden, die den Voraussetzungen und Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechen. Nach der Durchführung der Veranstaltungsformate wurden diese in einem weiteren Schritt analysiert und evaluiert. Auf dieser Basis werden am Ende des vorliegenden Zwischenberichts erste strategische Ansätze für den Umgang mit Armut und Klima in der Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit entwickelt. Doch zuerst werden die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage präsentiert.

3.1 Erhebung und Auswertung der Umfrage

Die ausgewerteten Daten wurden im Rahmen von 100 telefonischen Interviews² im Zeitraum von 24.3. und 14.7.2023 mit armutsbetroffenen Personen in ganz Österreich erhoben. Die Befragten wurden vorab durch verschiedene Projekte der Volkshilfe unterstützt und daher auch auf deren Armutsgefährdung, basierend auf

² Die Gespräche im Rahmen der vorliegenden Umfrage wurden geführt von: Angelika Koller, Barbara Lechner, David Liebmann, Jakob Stickler, Lina Konate, Mahmoud Al Hamdan, Marie Chahrour, Martina Österle, Sonja Schmeißl, Tobias Bilek

den aktuellen EU-Silc-Werten (siehe Statistik Austria 2023) geprüft. Die befragten Personen wurden vorab darüber informiert, dass alle erhobenen Daten für wissenschaftliche und kommunikative Zwecke anonymisiert verarbeitet und publiziert werden können. Alle in der Gesamtauswertung angeführten Zitate aus der Befragung wurden anonymisiert, wodurch keine Rückschlüsse auf einzelne Personen getätigt werden können.

Als Methode für die Datenerhebung und -Auswertung wurde ein Mixed Methods Ansatz gewählt. In den Leitfaden für die telefonischen Interviews wurden sowohl geschlossene Fragen mit vorgegebenen Antwortkategorien als auch offene Fragen integriert. Grundlage für die Analyse bildeten somit quantitative und qualitative Daten. Der Fragebogen (siehe auch Beilage 1) orientierte sich einerseits an den Ergebnissen der Literaturrecherche sowie den Expert*inneninterviews und andererseits an den im nächsten Schritt zu entwickelnden Kommunikationsformaten.

Vier Abschnitte gliederten den Fragebogen: Perspektiven und Einstellungen, Betroffenheit und Bedarfe, Klimafreundliches Handeln und Informationskanäle. Integriert in die jeweiligen Abschnitte waren sowohl offene Fragen, als auch geschlossene Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten. Antworten, die von den geschlossenen Antwortkategorien abwichen, wurden darüber hinaus schriftlich notiert. Durch diese Vorgangsweise konnten auch Themen berücksichtigt werden, die von den Interviewpartner*innen selbst eingebracht wurden. Die Befragung wurde von Fachkräften der Sozialen Arbeit oder Sozialwissenschaft telefonisch mit der Zielgruppe durchgeführt. Von Beginn an war es für uns wesentlich, die Fragen *nicht* auf eine moralisierende Weise zu formulieren, und keinen Druck auf die Befragten auszuüben, um sozial erwünschte Antworten möglichst zu vermeiden.

Die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug etwa 30-45 Minuten. Um die Verständlichkeit der Fragen zu erhöhen, und mögliche Sprachbarrieren zu minimieren, fand im Vorfeld der Befragung eine Zusammenarbeit mit dem Büro für einfache Sprache „Capito“ statt. Weiters wurden 10 Prozent der Umfragen auf Arabisch geführt, wodurch auch nicht-deutschsprachige Personen am Projekt teilnehmen konnten.

Zur quantitativen Auswertung der geschlossenen Fragen wurde das Umfragetool Survio herangezogen, welches die Ergebnisse der Interviews kumuliert, sortiert und mittels Diagrammen und Häufigkeitstabellen anzeigt. So konnten die Verteilungen im Rahmen einer deskriptiven Analyse beschrieben und interpretiert werden. Orientiert an den Kodierverfahren der Grounded Theory (Glaser/Strauss 1998) wurden die Antworten auf die offenen Fragen zunächst qualitativ kodiert. Im Zuge dessen wurden induktive Kategorien gebildet, welche die Basis für die Analyse der offenen Fragen bildeten. Während des induktiven Kodierungsprozesses wurde unter anderem festgehalten, wie häufig bestimmte Themen von den Befragten angesprochen wurden. Auf diese Weise konnten Muster

im Antwortverhalten der Befragten identifiziert und zentrale Aspekte im Hinblick auf die jeweilige Fragestellung herausgearbeitet werden. Besonders aussagekräftige Zitate aus den offenen Fragen wurden zur Veranschaulichung der Ergebnisse in den Bericht integriert.

Basierend auf Erkenntnissen aus der Armutsforschung sowie auf Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit konnten die quantitativen und qualitativen Daten interpretiert und eingeordnet werden. Die Gesamtauswertung der Umfrage (siehe Beilage 2 und 3) bildet die Grundlage für den vorliegenden Bericht, in dem die Ergebnisse der offenen sowie der geschlossenen Fragen zusammenfassend analysiert und interpretiert werden.

Ziel der Auswertung ist es, Einblicke in die Perspektiven, Handlungsspielräume und Bedarfe von Armutsbetroffenen hinsichtlich der Klimakrise zu geben um darauf aufbauend Kommunikationsformate für sie zu entwickeln.

3.2 Sample der Umfrage

Für das Projekt wurden Personen aus ganz Österreich befragt. Die 100 Befragten teilten sich nach den Bundesländern wie folgt auf:

ANZAHL DER BEFRAGTEN NACH BUNDESLAND	
Bundesland	ANZAHL
Wien	21
Niederösterreich	18
Steiermark	14
Burgenland	12
Tirol	10
Salzburg	8
Oberösterreich	7
Kärnten	7
Vorarlberg	3

Bei allen Befragten handelte es sich um Personen aus Projektfamilien der Volkshilfe Bundesgeschäftsstelle sowie den Landesorganisationen, die von Armut- und Ausgrenzung betroffen sind. Als Maßstab dafür dienten die aktuellen EU-SILC Zahlen, auf deren Basis die Armutgefährdung der Familien mittels ihrer Einkommensunterlagen geprüft wurde.

Die Ergebnisse der Umfrage werden im Folgenden anhand der vier Abschnitte des Fragebogens (Perspektiven und Einstellungen, Betroffenheit und Bedarfe, Klimafreundliches Handeln und Informationskanäle) dargestellt.

3.3 Ergebnisse der Umfrage

3.3.1 Perspektiven und Einstellungen

Wahrnehmung der Klimakrise

Die Klimakrise wurde von den Befragten am häufigsten mit Wetterveränderungen assoziiert. Die Folgen der Klimakrise sind für die Befragten vor allem auf gesundheitlicher Ebene spürbar, viele leiden beispielsweise unter Hitzewellen und Wetterumschwüngen. Wetterextreme und häufigeres Auftreten von Extremwettern bereiten einem Großteil der Projektteilnehmer*innen Sorgen, sowohl in ihrer aktuellen Lebensrealität, beispielsweise durch Hitzewellen, als auch in Bezug auf künftig auftretende Extremwetter oder Umweltkatastrophen. Sehr häufig wird der Begriff der Klimakrise mit der Teuerung assoziiert. Bei nahezu allen Befragten herrscht Verzweiflung und Ratlosigkeit über die hohen Preise für Energie und Lebensmittel.

Auf emotionaler Ebene löst die Klimakrise bei einer überwiegenden Mehrheit der Befragten Sorgen und Ängste aus. 77 Prozent geben an, besorgt oder sogar sehr besorgt über die Klimakrise zu sein. Die Sorgen beziehen sich vor allem auf die Zukunft der eigenen Kinder oder auf die eigene Gesundheit bzw. jene der Kinder. Trotzdem zählen nur 36 Prozent der Befragten die Klimakrise zu ihren größten Sorgen. Obwohl die psychische Belastung aufgrund der Klimakrise enorm hoch ist, haben rund 60 Prozent der Befragten andere Sorgen, die sie noch stärker belasten. Bei rund 70 Prozent der Befragten handelt es sich dabei um finanzielle Sorgen. Unmittelbare Existenzängste überschatten somit die Klimaangst bei einem Großteil der Befragten.

Nahezu alle Umfrageteilnehmer*innen empfinden die Klimakrise als ernstes, oder sogar sehr ernstes gesellschaftliches Problem. 90 Prozent vergeben eine Zahl zwischen 5 und 10 bei der Frage danach, wie ernst das Problem der Klimakrise auf einer Skala von 1 bis 10 für unsere Gesellschaft sei. Die Hälfte der Befragten nannte einen Wert zwischen 8 und 10. Die Mehrheit ist der Meinung, die Klimakrise würde sich in Zukunft verschlimmern.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise

Für die politischen Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise zeigen sich durchwegs hohe Zustimmungswerte. Am höchsten ist die Zustimmung für die Maßnahme, regionale und biologische Lebensmittel billiger und leichter zugänglich

zu machen: mehr als 91 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Am zweithöchsten ist die Zustimmung dafür, mehr leistbare und gut isolierte Wohnungen zu errichten, gefolgt von mehr finanzieller Unterstützung für einen Heizungstausch. Jeweils 89 Prozent und 84 Prozent empfinden das als sehr sinnvoll oder sinnvoll. Insgesamt fällt auf, dass Maßnahmen, die auch eine sozialpolitische Wirkung haben, besonders befürwortet werden. Die Befragten sehen hier eine unmittelbare, positive Auswirkung auf ihre eigene Lebensrealität.

Mehr Unsicherheit besteht hingegen darüber, ob die Politik Gesetze ändern oder verschärfen soll, um die Klimakrise zu bekämpfen. Bei diesen Fragen haben, im Vergleich zu den übrigen Fragestellungen, besonders viele Befragte (rund 20 Prozent) mit „weiß nicht“ geantwortet. Die größte Ablehnung gab es bei der Forderung danach, extremen Reichtum höher zu besteuern. Mehr als 20 Prozent sprechen sich dagegen aus, und ebenso rund 20 Prozent geben hier „weiß nicht“ an. Begründet wurde dies meist dadurch, niemand anderem etwas „wegnehmen“ zu wollen. Nichtsdestotrotz empfinden mehr als die Hälfte der Befragten eine Vermögenssteuer als sinnvoll oder sehr sinnvoll. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, vor allem in ländlichen Gebieten, sowie verstärkte Verwendung erneuerbarer Energien im Bereich Mobilität wurden von mehreren Befragten als weitere, sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen genannt.

3.3.2 Betroffenheit und Bedarfe

Klimawandelauswirkungen im eigenen Leben

Nahezu 80 Prozent der Befragten spüren die Auswirkungen der Klimakrise stark oder sehr stark in ihrem eigenen Leben, die meisten durch die extreme Hitze. Schwankende Temperaturen und plötzliche Wetterumschwünge werden ebenfalls als Belastung erlebt. Im Kontext der Klimaveränderungen wird das Thema Gesundheit am häufigsten genannt. Einige berichten von Kreislaufproblemen aufgrund der Temperaturschwankungen oder während Hitzewellen. Andere erzählen, dass sie selbst oder ihre Kinder wegen den vielen Wetterumschwüngen häufiger krank werden, erschöpft oder müde sind. Durch die Hitze verschärfen sich bereits bestehende, gesundheitliche Probleme der Befragten, wie Atemwegserkrankungen oder Arthrose. Auch Menschen mit Behinderungen sind besonders belastet.

„Ich ertrage die Hitze nicht. Aufgrund meiner Behinderung bin ich auf Krücken angewiesen. Das ist bei Hitze viel anstrengender.“ (I39)

Neben den negativen, körperlichen Auswirkungen zeigte sich in der Befragung auch die psychische Belastung durch die Klimakrise deutlich. Viele fühlen sich schutzlos ausgeliefert und verspüren ein Gefühl der Ohnmacht in Bezug auf Anpassungsmöglichkeiten an die Klimakrise, sowie auf deren Bekämpfung. Die eigenen Kinder nicht ausreichend vor den Wetterbedingungen schützen zu können,

und somit womöglich ihre Gesundheit zu gefährden, trägt beispielsweise maßgeblich zur psychischen Belastung bei. Häufig schildern die Befragten, dass sie aufgrund von Hitze- oder Umweltbelastungen gerne den Wohnort verändern oder wechseln würden, doch die finanzielle Situation lässt das nicht zu. Diese eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten werden als große, zusätzliche Belastung erlebt. Die Befragten leiden also nicht nur unter den Klimaveränderungen und Extremwettern, sondern zusätzlich auch darunter, nichts dagegen unternehmen zu können.

In der Befragung zeigte sich außerdem, dass die Klimakrise mehr mental load bei Frauen verursacht. Sie übernehmen einen Großteil der Fürsorgearbeit für die Kinder, und fühlen sich verantwortlich, sie gut vor Hitze und Kälte zu schützen.

„Es ist anstrengend, wenn man mit Kindern unterwegs ist. Man muss immer so viel Kleidung mitnehmen. Wenn es sehr heiß ist, muss man immer für alle Kinder Wasser einpacken und mitschleppen.“ (I46)

Anpassungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarfe

Bei der Frage danach, vor welchen Extremwettern sich die Befragten am schlechtesten geschützt fühlen, wird extreme Hitze am öftesten genannt, dicht gefolgt von Kälte. Als häufigster Grund für den unzureichenden Schutz wurde die Wohnsituation angegeben, wobei hier insbesondere fehlender Schatten in der eigenen Wohnumgebung und/oder eine unzureichende Isolierung der eigenen Wohnung genannt wurden. Mängel beim Thema Isolierung werden beispielsweise an der Frage zu Schimmel deutlich: nahezu die Hälfte der Befragten gibt an, zum Zeitpunkt der Befragung Probleme mit Schimmel in der eigenen Wohnung zu haben. Jene, die angeben, aktuell *keinen* Schimmel zu haben, erzählen, in der Vergangenheit Erfahrungen damit gemacht zu haben. Somit haben beinahe alle Befragten Erfahrungen mit schimmeligen Wohnungen.

Viele Haushalte entwickeln an den eigenen Wohnraum angepasste Strategien, um die Wohnung mit möglichst geringem, finanziellem Aufwand vor der Hitze zu schützen. Maßnahmen zum Hitzeschutz, wie beispielsweise Außenrollos, werden häufig nicht von den Vermieter*innen nicht finanziert, weshalb eigene Methoden der Verdunkelung und Wärmeisolierung angewandt werden.

„Wohnen im 3. Stock eines 70er Jahre Baus. Außenjalousien müssten renoviert werden, aber Vermieter tut das nicht. Habe Vorhänge gesammelt und doppelt genäht, das schützt vor Hitze und Kälte. Gebe alte Decken vor die Fenster zur Isolierung und habe eine Autofolie auf das Fenster geklebt, bei dem die Sonne am meisten reinscheint.“ (I26)

In den Gesprächen wurde deutlich, wie diverse Diskriminierungsformen die individuellen Anpassungsmöglichkeiten an die Klimakrise erschweren. Besonders oft erleben die Befragten rassistische und/oder sexistische Diskriminierung. Des Öfteren wurde geschildert, dass bereits mehrmals Beschwerden bei den

Hausverwaltungen aufgrund der schlechten Wohnbedingungen eingereicht wurden, diese jedoch häufig erst sehr spät oder nie beantwortet wurden. Einige Befragte führen die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Hauseigentümer*innen bzw. -verwaltungen unmittelbar auf diskriminierende Haltungen zurück.

Die meisten Befragten äußern, dass sie eine bessere Isolierung der Wohnung benötigen, um ihre individuellen Anpassungsmöglichkeiten an die Folgen der Klimakrise zu verbessern. An zweiter Stelle brauchen sie und ihre Familien mehr Möglichkeiten, sich während Hitzeperioden kostenlos zu erfrischen. Drittens wünschen sich die Befragten mehr Grünflächen in der Nähe der eigenen Wohnung und an vierter Stelle wurde ein Klimagerät zuhause oder am Arbeitsplatz genannt.

Generell wünschen sich die Interviewpartner*innen mehr finanzielle Unterstützung, um selbst Klimaschutzmaßnahmen zu treffen, oder sich an die Klimawandelfolgen anzupassen. Dies wird in den Interviews immer wieder betont. Zum Beispiel Umzüge in besser isolierte Wohnungen oder Freibadbesuche während Hitzewellen sind nur möglich, wenn mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Informationen und Beratungsangebote in der jeweiligen Erstsprache wurden ebenso als hilfreich genannt.

„RolloS wären gut, damit sie die Hitze nicht reinlassen, aber das ist eine Mietwohnung. Wenn ich welche haben will, muss ich die selbst finanzieren, aber ich kann nicht. Ich habe zwar eine Erdgeschosswohnung, aber mittlerweile bekomme ich die Hitze am Vormittag auf der einen Seite und am Nachmittag von der anderen Seite hinein. Als ich vor 5 Jahren hier eingezogen bin, waren noch mehr Bäume da, aber die haben sie mir abgeholzt.“ (I19)

3.3.3 Klimafreundliches Handeln

Mobilität

Zwei Drittel der Befragten besitzt kein eigenes Auto. Die meisten sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß unterwegs. Diejenigen, die ein Auto besitzen, haben aufgrund ihres Wohnortes mit fehlender öffentlicher Anbindung, meist keine andere Mobilitätsalternative. Die meisten verwenden das Auto, um die eigenen Kinder zu einem bestimmten Ort (wie Kindergarten/Schule, Ärzt*in, etc.) zu bringen bzw. abzuholen oder gemeinsam Besorgungen zu machen. Teilweise sind es auch gesundheitliche Gründe, warum das Auto anstelle von Öffis verwendet wird.

87 Prozent der Befragten sind entweder noch nie mit dem Flugzeug geflogen oder tun dies seltener als alle fünf Jahre. Nur zwei von 100 Befragten geben an, mindestens einmal pro Jahr zu fliegen. Bei jenen, die in den vergangenen Jahren geflogen sind, sind fast ausschließlich Besuche bei Familie und Verwandten im EU-

Ausland der Grund für den Flug. Urlaubsflüge sind in den letzten fünf Jahren bei fast keiner befragten Person vorgekommen.

Elektrogeräte

Auch bei der Frage, ob ein Elektrogerät repariert, neu, oder gebraucht angeschafft wird, ist letztlich der Preis ausschlaggebend dafür, welche Handlungsoption gewählt wird. Vor der Kaufentscheidung wird genau abgewogen, ob es auf lange Sicht günstiger ist, das Gerät reparieren zu lassen, es neu oder gebraucht zu kaufen.

Der Gedanke, ein Elektrogerät könne kaputt gehen, löst bei vielen Befragten Angst und Stress aus, da dies eine Vergrößerung der finanziellen Notlage bedeuten würde. Sie sind gezwungen, Prioritäten zu setzen: nicht unbedingt notwendige Dinge müssen warten, bis sie ersetzt werden. Ebenso wie bei den Lebensmitteln sparen die Befragten auch bei Kleidung oder Möbeln stark bei sich selbst ein, während sie versuchen, den Kindern das zu kaufen, was sie benötigen. Insgesamt wird deutlich, dass Kleidung und Möbel weniger Priorität haben, als Lebensmittel, und daher häufiger völlig darauf verzichtet wird.

Lebensmittelkonsum

Die Konsummöglichkeiten der Befragten sind maßgeblich durch die finanziellen Mittel bestimmt und somit stark eingeschränkt. Sie sind darauf angewiesen, immer die günstigste Kaufoption zu wählen. Die oftmals kostspieligeren, nachhaltigen Produkte stehen für die allermeisten nicht zur Wahl. Besonders der Lebensmittelkonsum ist durch die finanziellen Rahmenbedingungen bestimmt. Für 95 Prozent der Befragten ist der Preis der ausschlaggebende Grund, warum sie ein Lebensmittel kaufen.

Gleichzeitig betonen die meisten, dass ihnen eine gesunde Ernährung sehr wichtig ist, vor allem für ihre Kinder. Als gesund werden ökologisch produzierte, nachhaltige oder biologische Lebensmittel erachtet. Insgesamt zeigt sich ein hohes Bewusstsein dafür, dass eine gesunde und ausgewogene Ernährung für die Gesundheit wichtig und gesellschaftlich erwünscht ist. Dem kann aber aufgrund der Armutsverhältnisse oft nicht nachgekommen werden. Die eigenen Kinder nicht ausreichend mit gesunden Lebensmitteln versorgen zu können, und gleichzeitig nicht am ökologischen Lebensstil teilzuhaben, ist psychisch sehr belastend für die Betroffenen. Einerseits befürchten sie, ihren elterlichen Fürsorgepflichten nicht nachkommen zu können, andererseits sind sie durch die eingeschränkten Konsummöglichkeiten von Teilhabe am ökologischen Lebensstil ausgeschlossen.

Die Planung der Lebensmitteleinkäufe und die Erstellung von Essensplänen ist aufwendig und kostet den Befragten viel Energie. Das Thema Lebensmittelkonsum ruft oft negative Emotionen hervor, verursacht Stress und ist bei manchen der Befragten sogar angstbesetzt, was dazu führt, dass sie seltener einkaufen gehen. Ernährungsarmut wird in vielen der Schilderungen deutlich.

Ähnlich wie beim Wohnen sind die Projektteilnehmer*innen auch beim Thema Konsum mit einem Dilemma konfrontiert: unter ihnen herrscht ein starkes Bewusstsein dafür, dass ein ökologischer Lebensstil sozial erwünscht ist. Gesellschaftlich wird den Befragten suggeriert, sie sollen eine umweltfreundliche Heizung haben, ein Elektroauto fahren und nachhaltige bzw. „gesunde“ Lebensmittel konsumieren. Doch diese Handlungsoptionen stehen ihnen nicht zur Verfügung, da die Konsumententscheidungen rein auf ökonomischen Überlegungen basieren müssen. Im Hinblick auf Konsum befinden sie sich in einer Zwangslage, in der nur sehr geringe Handlungsspielräume bestehen.

„Es ist schwierig, man soll sich gesund ernähren aber es ist sehr teuer. Man kann nicht Bio kaufen, weil es nicht leistbar ist. Sonst würde ich mehr Bio kaufen und mehr Obst und Gemüse, aber es ist alles so teuer.“ (I21)

Im Hinblick auf die Konsummuster der Befragten wird insgesamt deutlich, dass die Bedürfnisse der Kinder immer im Vordergrund stehen. Dies gilt sowohl für den Bereich Lebensmittel, als auch für Kleidung, Möbel und den Energieverbrauch. Bei sich selbst sparen die Betroffenen stets ein, während die vorhandenen Ressourcen in die Deckung der Bedürfnisse der Kinder fließen.

Energieverbrauch

Fast 70 Prozent der Befragten waren schon einmal in der Situation, ihre Energierechnung nicht oder nicht rechtzeitig bezahlen zu können. In drei Viertel der Fälle erhielten die Betroffenen Unterstützung durch soziale Organisationen oder staatliche Förderschienen. Ein Viertel der Betroffenen erhielt gar keine Unterstützung. Ein Drittel der Befragten wusste nicht, wohin sie sich wenden können, wenn sie ein Problem mit den Energiekosten haben.

Um besser mit dem Strom- und Energieverbrauch umgehen zu können, wünschen sich die meisten Befragten mehr finanzielle Unterstützung sowie bauliche Veränderungen in der Wohnung. Häufig wird geschildert, dass Hausverwaltungen bereits vor geraumer Zeit informiert wurden, aber die notwendigen Renovierungen nicht durchgeführt werden (siehe S. 8, Anpassungsmöglichkeiten). Viele sprechen von dem Dilemma, als Mieter*in ohne Zustimmung der Hauseigentümer*innen keine baulichen Veränderungen vornehmen zu können, insbesondere dann, wenn die finanziellen Mittel dazu fehlen, wie es bei den Befragten der Fall ist.

Knapp 95 Prozent der Befragten versuchen in ihrem Alltag Energie zu sparen. Hauptmotiv ist, die Kosten gering zu halten. Das Thema Energiesparen ruft bei besonders vielen Gesprächspartner*innen Unmut hervor. Dass trotz des enthaltsamen Umgangs mit Energie und des vielen Verzichts teils sehr hohe Energierechnungen zu bezahlen sind, ist für viele unverständlich und löst Ärger und Frustration aus.

„Ich war überrascht, warum ich so eine große Energierechnung bekommen haben, weil ich immer spare. Ich schalte die Waschmaschine nur ein oder zweimal pro Woche ein und das bei vier Kindern.“ (I46)

Ursächlich für die hohen Strom- und Heizkosten sind laut den Befragten teilweise alte Elektrogeräte und mangelnde Isolierung der eigenen Wohnung, aber ebenso die hohen Energiepreise aufgrund der Inflation.

Armut erfordert eine sparsame Grundhaltung in allen Lebensbereichen. Diese Einstellung wurde durch die Umfrage vor allem beim Umgang mit Energie deutlich. Ein Großteil der Befragten war darum bemüht zu vermitteln, dass ein sparsamer Umgang mit Energie für sie selbstverständlich ist. Ein Bewusstsein dafür, dass Energie etwas kostet und kostbar ist, ist bei den meisten stark ausgeprägt. Gleichzeitig verursachen die Einschränkungen (kaum Heizen, selten Wäsche waschen, kurz/selten Duschen, etc.) Stress und vermindern die Lebensqualität deutlich, da Energiearmut mit Einschnitten in den Bereichen Gesundheit und soziale Teilhabe einhergeht. Dass ein niedriger Energieverbrauch gut für die Umwelt ist, wird von vielen als positiver Nebeneffekt empfunden, ist jedoch nicht die Hauptmotivation für das Energiesparen.

3.3.4 Informationskanäle

Medienkonsum

Soziale Medien (inklusive WhatsApp) werden mit 70 Prozent der Befragten am häufigsten von allen Medien benutzt, gefolgt von Fernsehen und online Zeitungen. Ausmaß und Art des Medienkonsums stehen in engem Zusammenhang mit anderen Lebensbereichen und der allgemeinen Lebenssituation. Befragte bevorzugen beispielsweise Medien, in denen sie sich gleichzeitig über Preisreduktionen von Geschäften oder Lebensmittelaktionen informieren können. Ist die allgemeine psychische Belastung sehr hoch, wird der Medienkonsum stark reduziert oder sogar völlig vermieden, um eine zusätzliche Belastung durch negative Berichterstattung zu vermeiden.

„In die Zeitung will ich schon gar nicht mehr reinschauen, weil man erstens nicht weiß, was stimmt und, weil man zweitens überall nur so viel Schlechtes liest. Dann mache ich mir nur noch mehr Sorgen als ohnehin schon.“ (I70)

Informationen zur Klimakrise

61 Prozent der Befragten lesen oder hören mehrmals pro Woche oder täglich etwas zu den Themen Klimakrise Umweltverschmutzung, Energiekrise, etc.. Die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr Informationen über die Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise. In dieser Gruppe erhoffen sich die meisten, sich dadurch besser an die Klimawandelfolgen anpassen zu können. Die andere Hälfte möchte keine weiteren Informationen zu dieser Thematik erhalten. Zum Teil wird dies damit begründet, bereits über ausreichend Informationen zu verfügen, doch

auch ein Mangel an zeitlichen oder mentalen Ressourcen wird als Grund angegeben.

Zum Schutz der psychischen Gesundheit vermeiden es viele der Befragten aktiv, Informationen über die Klimakrise zu beziehen und versuchen allgemein, ihren Medienkonsum möglichst zu minimieren. Aufgrund der zahlreichen, teilweise existenzgefährdenden Problemstellungen im eigenen Leben sehen sie die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen und ihre Energie und Ressourcen auf die Deckung der Grundbedürfnisse ihrer Familien zu richten.

Viele Befragte schildern, dass sie sich ohnmächtig fühlen, wenn sie sich mit der Klimakrise beschäftigen, was ein wichtiger Grund dafür ist, warum sie die Auseinandersetzung mit der Thematik vermeiden bzw. darin keinen Sinn sehen. Selbst nichts gegen die Klimakatastrophe ausrichten zu können ist im Bewusstsein der meisten stark verankert. Zu einem Gefühl der Ohnmacht mischt sich ein Gefühl der Wut auf die politischen und ökonomischen Entscheidungsträger*innen, die ihre Handlungsmacht nicht ausreichend zur Bekämpfung der Klimakrise nützen.

"Eigentlich bekommen wir sehr viele Informationen. Aber was mache ich mit diesen Informationen, wenn ich nichts dagegen machen kann? Natürlich hat jeder einzelne eine Verantwortung. Aber ich alleine kann ja auch nicht viel ändern. Diese vielen Informationen führen eher dazu, dass ich mich noch hilfloser und ohnmächtiger fühle, weil sich politisch nichts ändert. Es muss endlich etwas getan werden, und das wissen wir schon. Es braucht eine größere Kraft, die greifen muss." (I100)

3.4 Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Belastungen durch die Klimakrise

Zahlreiche wissenschaftliche Erhebungen dokumentieren eine erhöhte Verwundbarkeit Armutsbetroffener gegenüber der Klimakrise, sowohl auf nationaler, wie auch auf internationaler Ebene (für Österreich siehe bspw. BMSGPK, 2021; APCC 2023, 2018). Ursächlich für diese erhöhte Klimavulnerabilität sind eingeschränkte Anpassungsmöglichkeiten an Klimaveränderungen und Extremwetterereignisse. Diese wiederum sind die Folge fehlender finanzieller Mittel und mangelhafter Wohnverhältnisse (ebd., Aigner et al. 2023). Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung bestätigen diese Befunde nicht nur, sie geben auch Einblicke darin, wie sich diese Vulnerabilität bei den Betroffenen äußert.

Die Mehrheit der Befragten spürt die Klimakrise in erster Linie durch steigende Temperaturen und häufiger auftretende Hitzeperioden. Belastungen für die eigene Gesundheit bzw. jene von Familienangehörigen aufgrund der Hitze sind für die

Betroffenen besonders präsent. Negative Gesundheitsfolgen aufgrund von Hitzewellen in Österreich und speziell in Großstädten wie Wien konnten bereits durch mehrere Studien nachgewiesen werden (Hutter et al. 2007; Lichtenberger/Ranftler 2022a). Ein niedriger sozioökonomischer Status geht mit einer erhöhten Hitzevulnerabilität einher (Klauber/Koch 2021; Campbell et al. 2018; Li et al. 2015). Eine 2022 durchgeführte Befragung der Volkshilfe ergab, dass Armutsbetroffene während Hitzewellen stark belastet sind, und sich deshalb im Sommer (eher) nicht oder (eher) ungern in ihren Wohnungen aufhalten (Lichtenberger/Ranftler 2022a). Daran anschließend zeigen unsere Ergebnisse, auf welche Art sich Belastungen äußern.

Auswirkungen auf die körperliche, aber auch auf die mentale Gesundheit werden von den Befragten als besonders belastend erlebt. Armutsbetroffene leiden häufiger unter chronischen Erkrankungen und anderen gesundheitlichen Problemen (Lampert et al. 2013). Bereits vorhandene Erkrankungssymptome oder andere gesundheitliche Beschwerden werden durch die Hitze verschlimmert.

Aktuelle Studien verweisen auf die psychischen Belastungen aufgrund der Klimakrise und den mangelnden Möglichkeiten, sich vor deren Folgen schützen zu können (Peter et al. 2021; Nikendei 2020; Fritsche et al. 2018). Ein hohes Maß derartiger Belastungen konnte auch in unserer Untersuchung nachgewiesen werden. Menschen mit geringen Einkommen sind nicht nur im Hinblick auf ihre physische, sondern auch auf die psychische Gesundheit besonders vulnerabel. Sie leiden beispielsweise häufiger unter depressiver Symptomatik (Lampert et al. 2013). Die Befragten sind nicht nur unmittelbar von den gesundheitlichen Folgen von Klimaveränderungen und Extremwetterereignissen betroffen, sondern haben zusätzlich auch das Gefühl, sich nicht ausreichend davor schützen zu können. Die erhöhte Klimavulnerabilität ist somit nicht nur ein objektiver, sondern auch ein subjektiver Faktor.

Bei 77% der armutsbetroffenen Befragten löst der Gedanke an die Klimakrise Sorgen aus, wobei ein Großteil gesundheitliche Auswirkungen fürchtet. In der Gesamtbevölkerung geben insgesamt 46% der Befragten an, Angst vor klimabedingten gesundheitlichen Problemen in Folge der Erderhitzung zu haben (Volkshilfe Sozialbarometer 2023). Armutsbetroffene machen sich also mehr Sorgen über gesundheitliche Beeinträchtigungen aufgrund von Klimaveränderungen, als der Durchschnitt. Spezifisch für die Gruppe Armutsbetroffener ist jedoch nicht nur die größere Sorge über negative Gesundheitsfolgen der Klimakrise, sondern auch die hohe Sorgenbelastung insgesamt. Klimaängste werden oftmals von existenziellen Sorgen überlagert, wie beispielsweise aufgrund von inflationsbedingter Ernährungsarmut, was zu einer multiple Sorgenbelastung führt.

Einstellungen zur Klimakrise

Insgesamt schätzen Armutsbetroffene ihre eigenen Handlungsspielräume als sehr gering ein, wenn es darum geht, selbst einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dies liegt unter anderem daran, dass komplexe öffentliche Umweltdiskurse allgemein Gefühle der Ohnmacht verursachen können (Poferl et al. 1997, 14f.). Während dies auch bei Menschen mit höheren Einkommen der Fall sein kann, kommt bei Armutsbetroffenen hinzu, dass Armut grundsätzlich mit einem Mangel an Handlungsmöglichkeiten einhergeht (siehe etwa Knabe 2021, 35).

Nichtsdestotrotz zeigen nahezu alle Befragten ein hohes Problembewusstsein für die Klimakrise und befürworten politische Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Beim Vergleich mit anderen Studien wird deutlich, dass die von uns befragten Armutsbetroffenen insgesamt ein höheres Problembewusstsein für die Klimakrise aufweisen, als die österreichische Gesamtbevölkerung: bei der Frage danach, wie ernst das Problem der Klimakrise aktuell ist, nannten in unserer Befragung 91 Prozent einen Wert zwischen 5 und 10. Auf dieselbe Frage antworteten in der Eurobarometer Befragung zum Klimawandel hingegen nur 82 Prozent der Österreicher*innen mit einem Wert zwischen 5 und 10 (European Commission 2023).

Der Grund, warum Armutsbetroffene ein überdurchschnittlich hohes Problembewusstsein für die Klimakrise haben, kann auf deren Belastungen aufgrund von Klimawandelfolgen zurückgeführt werden. Aufgrund von mangelnden Anpassungsmöglichkeiten spüren sie die Auswirkungen der Klimakrise stärker, als andere Bevölkerungsgruppe. Auch auf subjektiver Ebene fühlen sie sich stärker gefährdet und machen sich Sorgen über die weitere Entwicklung der Krise, was durch unsere Umfrage deutlich wurde. All diese Faktoren können zu einem stärkeren Bewusstsein dafür führen, dass die Klimakrise ein ernstes Problem darstellt.

Im Hinblick auf Einstellungen zu Klimaschutzmaßnahmen zeigen sich sowohl Unterschiede, als auch Ähnlichkeiten zwischen der Gesamtbevölkerung und der Gruppe armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Personen. In einer repräsentativen Umfrage der Volkshilfe befürworten mehr als drei Viertel der Befragten einkommensabhängige Klimaschutzmaßnahmen (Volkshilfe Sozialbarometer 2023). Analog dazu sprechen sich auch von Armut betroffene Menschen vor allem für Maßnahmen aus, die geringe Haushaltseinkommen entlasten (wie Errichtung klimafitter Wohnungen, Subventionierung von regionalen/biologischen Lebensmitteln, etc.). Laut Volkshilfe-Sozialbarometer befürworten 84% der österreichischen Bevölkerung Förderungen für einen Heizungstausch. Ebenso 84% der von uns befragten Familien empfinden diese Maßnahme als sinnvoll oder sehr sinnvoll. Beim Vergleich der beiden Studien wird insgesamt deutlich, dass die Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen unter Armutsbetroffenen leicht höher ist, als in der Gesamtbevölkerung, insbesondere hinsichtlich klimasozialer

Maßnahmen. Diese Tendenz ist durchaus plausibel, da von sozial gestaffelten Maßnahmen Menschen mit geringen Einkommen profitieren. Die Befragten sehen hier also eine potentiell positive Auswirkung auf die eigene Lebenssituation.

Klimafreundliche Handlungsmöglichkeiten

Nachhaltige Konsummöglichkeiten sind durch die prekären ökonomischen Verhältnisse der Projektteilnehmer*innen massiv eingeschränkt. Der Kauf von umweltfreundlichen, biologischen oder gesundheitsfördernden Lebensmitteln, wie Obst und Gemüse, wird zwar als zentraler Wunsch formuliert, kann jedoch nicht umgesetzt werden, da das Geld dafür nicht ausreicht. Dies deckt sich mit den Ergebnissen einer 2023 durchgeführten Studie „Inklusive Nachhaltigkeit“, in der sozial benachteiligte Personengruppen im Rahmen von Fokusgruppen zu den Themen nachhaltige Lebensführung befragt wurden. Auch hier äußern die Befragten, dass sie zwar gerne biologische und regionale Lebensmittel kaufen würden, aber sich die höheren Preise dafür nicht leisten können. Der Forschungsbericht betont insgesamt die materiellen Hindernisse, wenn es darum geht, klimafreundlich zu handeln (Weber et al. 2023, 64). Zusätzlich können auch die bereits erwähnten Gefühle der Ohnmacht in Bezug auf die Klimakrise ein Hindernis für nachhaltige Handlungsweisen darstellen (Poferl et al. 1997).

Diese mangelnden Teilhabemöglichkeiten an einem umweltfreundlichen und gesundheitsfördernden Lebensstil tragen maßgeblich zur ohnehin bereits sehr hohen, psychischen Belastung der Befragten bei. In Bezug auf Mobilität und Energieverbrauch weisen die Interviewten zwar umweltfreundliche Alltagspraktiken auf (geringer Energieverbrauch, kein eigenes Auto, keine Flugreisen, etc.), der kleine ökologische Fußabdruck ist allerdings nicht freiwillig, sondern wird durch die finanzielle Situation erzwungen. Er ist die Folge von Energie- und Mobilitätsarmut, welche mit verminderter sozialer Teilhabe und einer negativen Auswirkung auf die Lebensqualität einhergeht. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine vom deutschen Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Beteiligungsstudie zum Thema Nachhaltiger Konsum. Auch hier wird betont, dass Einschränkungen der Mobilitäts- und Konsumpraktiken das Resultat der prekären finanziellen Lage darstellen (Fischer et al. 2021, 77). Menschen mit geringen materiellen Ressourcen weisen einen unterdurchschnittlich niedrigen Energie- und Ressourcenverbrauch auf, und werden durch ihre soziale Lage dazu gezwungen, energieintensive Alltagspraktiken einzuschränken (ebd.).

Sozioökonomisch benachteiligte Personengruppen erleben die Auseinandersetzung mit Fragen der Nachhaltigkeit häufig als Privileg, das sie sich aufgrund ihrer prekären Lebenssituation nicht leisten können (Weber et al. 2023, 65). Die Deckung von Grundbedürfnissen oder die Absicherung der eigenen Existenz ist eine wichtigere Handlungsmotivation, als ökologische Überlegungen. Auch in unserer Umfrage wird deutlich, dass die Bewältigung akuter Notlagen für einen Großteil der Befragten Priorität gegenüber Fragen des Klimaschutzes hat.

Wie bereits erwähnt entsteht durch die Vermischung von Klimaängsten mit unmittelbaren Zukunfts- und Existenzängsten ein besonders hohes Maß an psychischer Belastung für Armutsbetroffene in Bezug auf die Klimakrise. Etwa die Hälfte der Befragten möchte deshalb *keine* weiteren Informationen über Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise erhalten, um einer psychischen Überlastung vorzubeugen. Jene, die gerne mehr über Klimathemen erfahren würden, wünschen sich hingegen *spezifische* Informationen darüber, wie sie sich und ihre Familien vor Klimawandelfolgen schützen können.

3.5 Reflexion der Umfrage

Im Laufe der Befragung wurde festgestellt, dass einige Fragen für die Teilnehmenden schwer verständlich waren und dies nicht nur auf Kenntnisse der deutschen Sprache zurückzuführen ist. Es wurde versucht, diese Erfahrungen laufend in die Befragung einfließen zu lassen und die betreffenden Fragen entsprechend zu vereinfachen, beispielsweise durch Umschreibungen der Frage, oder die Wahl anderer Begriffe. Weiters ist zu bedenken, dass die Volkshilfe bei der befragten Personengruppe spezifische Assoziationen hervorruft, da üblicherweise Gespräche über Finanzen oder mögliche Unterstützungsleistungen mit den betreffenden Personen geführt werden. Dies könnte – neben dem Umstand, dass die Teuerung grundsätzlich ein bestimmendes Thema im Leben Armutsbetroffener ist - ein Mitgrund dafür sein, dass so häufig ein Zusammenhang zwischen Klimakrise und Teuerung hergestellt wurde. Außerdem könnte auch die Wahl des Begriffs „Klimakrise“ dazu beigetragen haben, dass die Befragten an weitere krisenhafte Ereignisse dachten, wie beispielsweise die Energiekrise, die Teuerung oder der Krieg in der Ukraine. Hinsichtlich der Klimakommunikation könnte es daher Sinn machen, bei der Zielgruppe armutsbetroffener Personen Begriffe zu wählen, die speziell auf klima-induzierte Krisen zugeschnitten sind, wie zum Beispiel den Begriff „Erderhitzung“, ohne den Begriff der „Krise“ zu verwenden.

Da alle Befragten Unterstützung durch die Volkshilfe erhalten haben und mehrheitlich telefonische Gespräche mit Sozialarbeiter*innen gewohnt waren, waren vertrauensvolle und teilweise sehr lange Gespräche möglich. Viele Personen, die aufgrund von sprachlichen, zeitlichen oder anderen fehlenden Ressourcen, nicht an der Umfrage teilnehmen konnten, waren dennoch interessiert und signalisierten Kooperationsbereitschaft. Dies kann auch wiederum auf eine positive Beziehung zur Volkshilfe zurückgeführt werden.

Auffällig war, dass aufgrund des zeitlichen Kontextes, in dem die Umfrage erfolgte, eine starke Verknüpfung von Naturkatastrophen bzw. Extremwetterereignissen mit aktuellen Katastrophen erfolgte, wie beispielsweise dem Erdbeben in der Türkei und Syrien. Darüber hinaus erforderte die Komplexität des Umfragegegenstands zum Teil sehr spezifische Fragen, über die sich die

Interviewten zuvor noch keine Gedanken gemacht hatten. Beispiele für solche schwer zu beantwortenden Fragen waren jene danach, warum sie sich vor bestimmten Auswirkungen der Klimakrise nicht gut geschützt fühlen, oder, was ihnen helfen würde, besser mit den Energiekosten umgehen zu können. Hier erwies sich insbesondere das offene Frageformat als wichtig, ebenso wie die Möglichkeit, bei der persönlichen Befragung in einen Dialog zu treten. Die qualitativen Daten, die durch die offenen Fragen erzeugt wurden, beinhalten wertvolle Informationen, welche durch geschlossene Fragen mit vorgegebenen Antwortkategorien nicht erhoben werden hätten können.

Abschließend ist zu betonen, dass es sich bei den Befragten um Familien handelte und sich somit mindestens ein minderjähriges Kind im selben Haushalt befindet. Die Umfrage hatte keinen kindsspezifischen Fokus, und doch wurden vor allem bei den offenen Fragestellungen oftmals die Kinder als Grund für bestimmtes Verhalten oder für bestimmte Sorgen genannt. Es ist daher davon auszugehen, dass die Perspektiven und Einstellungen der Befragten stark durch die jeweilige Familiensituation geprägt sind.

4 Kommunikationsformate für Armutsbetroffene im Umgang mit der Klimakrise

Aufbauend auf den Umfrageergebnissen aus dem ersten Projektteil wurden im zweiten Teil des Projekts Formate für Klimakommunikation, zugeschnitten auf armutsbetroffene Menschen, entwickelt und umgesetzt. Im Fokus standen die Betroffenen selbst: ihre Perspektiven, Betroffenheiten und Bedarfe hinsichtlich der Klimakrise. Die konkreten klima-induzierten Belastungen und Herausforderungen in Bezug auf Möglichkeiten der Klimawandelanpassung konnten somit weiter in den Blick genommen werden, während die Zielgruppe partizipativ in das Projekt eingebunden wurde. Ziel der Formate war es, Räume für einen Austausch untereinander sowie zwischen Armutsbetroffenen und Stakeholdern im Bereich Klima und Soziales anzubieten und zu gestalten. Für die Zielgruppe konnten somit Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe erschaffen werden, während gleichzeitig Formen der Klimakommunikation umgesetzt und evaluiert wurden.

Die Formate sollten sich durch eine armutssensible Herangehensweise auszeichnen, wobei dafür insbesondere eine armutssensible Sprache von Bedeutung ist, aber auch bewusst abgeflachte Hierarchien, die Anerkennung der Betroffenen als Expert*innen ihrer Lebenslage und eine finanzielle Wertschätzung der eingesetzten zeitlichen Ressourcen durch die Betroffenen. Grundlage der

Kommunikationsformate waren nicht nur die Ergebnisse der Umfrage unter 100 Armutsbetroffenen, sondern auch die vier definierten Projektziele Wissensvermittlung, Empowerment, Advocacy und Klimagerechtigkeit, die je nach Format unterschiedlich ausgeprägt waren. Weiters wurden pro durchgeführter Veranstaltung auch noch spezifische, kleinere Ziele in Bezug auf die Methode oder die Inhalte umgesetzt. Im Fokus der Evaluation standen jedoch die zu entwickelnden Methoden für Kommunikationsformate.

Insgesamt wurden drei Kommunikationsformate erarbeitet und in einem Zeitraum von zwei Monaten, also zwischen Oktober und November 2024, in Wien und Linz umgesetzt. An den Veranstaltungen nahmen insgesamt **45 Armutsbetroffene** sowie **8 Stakeholder** aus den Bereichen Verwaltung, Politik und NGOs teil.

Um das durchgeführte Projekt besser in bestehende, wissenschaftliche Erkenntnisse einordnen zu können, werden in einem ersten Schritt ausgewählte partizipative Forschungsprojekte aus den Bereichen Klima und Armut vorgestellt. Danach werden die im Rahmen dieses Projekts durchgeführten Kommunikationsformate einzeln vorgestellt und evaluiert.

4.1 Partizipation Armutsbetroffener in Klimaprojekten

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich einige Studien veröffentlicht, in denen die Klimawandelauswirkungen auf armutsgefährdete Haushalte sowie ihre Teilhabechancen an der ökologischen Wende thematisiert werden (siehe etwa: Armutskonferenz et al. (Hg.) 2021; Armutskonferenz et al. (Hg.) 2023; BMSGPK 2021; APCC 2018, etc). Häufig wird hier von Angehörigen vulnerabler Personengruppen gesprochen, wobei ein geringes Haushaltseinkommen eines von mehreren Vulnerabilitätsmerkmalen sein kann (BMSGPK 2021, 30f.). Armutsgefährdete Familien, also Haushalte, in denen sich auch Kinder befinden, sowie die Klimawandelauswirkungen auf diese Kinder, stehen bei manchen dieser Studien explizit im Fokus (Aigner et al. 2023a, Lichtenberger/Ranftler 2022b). Die Anzahl an Studien, in denen die Sichtweisen Armutsbetroffener auf die Klimakrise und ihre Folgen systematisch erhoben wurden, ist insgesamt eher begrenzt.

Bei der Auseinandersetzung mit bestehenden Projekten ist darüber hinaus auffällig, dass in sogenannten Stakeholder Prozessen oder Projekten der Bürger*innenbeteiligung im Bereich Klimawandelanpassung oder Nachhaltigkeit Armutsbetroffene selten persönlich eingeladen und explizit eingebunden werden. Ein Projekt, in dem speziell auf die Bedürfnisse Armutsbetroffener zugeschnittene Veranstaltungen konzeptualisiert und umgesetzt wurden, gab es in dieser Form bisher noch nicht.

Einige partizipative Projekte aus dem Klimabereich sind hier dennoch anzuführen, um das vorliegende Projekt besser in den Stand der Forschung einordnen zu können. Es handelt sich dabei nicht um eine vollständige Liste, sondern um eine kurze Beschreibung von Studien, die Referenzpunkte für dieses Projekt darstellen. Besonders soll im Folgenden hervorgehoben werden, worin die partizipativen Elemente der jeweiligen Studien lagen, und welche Rahmenbedingungen dabei eine gelungene Beteiligung erfordert.

2021 wurde der Abschlussbericht des Projekts „Nachhaltiger Konsum im Dialog“ im Auftrag des deutschen Umweltbundesamtes veröffentlicht (Fischer et al. 2021). Im Zentrum des Projekts stand die Frage, mit welchen Methoden die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am nachhaltigen Konsum verbessert werden können. Auf Personen mit Migrationshintergrund, junge Menschen und Armutsbetroffene wurde dabei ein besonderer Fokus gelegt. Während in einem analytischen Projektteil eine Bestandsaufnahme über die Beteiligung der genannten Personengruppen an ökologischen Praktiken erfolgte, wurden im praktischen Teil neue Beteiligungsformate erprobt. Neben sogenannten „Kurzzeitexperimenten“, in denen die Teilnehmer*innen nachhaltige Konsumpraktiken ausprobieren konnten, wurden in „Ideenschmieden“ kreative Lösungen für Probleme bei der Umsetzung nachhaltigen Konsums entwickelt. Letzteres Format wurde durch Stakeholder und Expert*innen begleitet und die Ergebnisse wurden letztlich in einem „Fach- und Praxisdialog“ diskutiert (Fischer et al. 2021). Ähnlich wie im vorliegenden Projekt lag auch in der Studie von Fischer et al. das Augenmerk weniger auf den in den Formaten erarbeiteten Inhalten, sondern mehr auf der Evaluation der Methoden.

Eine zentrale Erkenntnis aus der Studie ist, dass niederschwellige und lebensnahe Beteiligungs-Angebote bei den Teilnehmer*innen Interesse an nachhaltigen Praktiken wecken und ihren Wissenshorizont erweitern können (ebd. 138). Eine Zusammenarbeit zwischen Nachhaltigkeitsinitiativen und zielgruppenorientierten Initiativen ist dabei von zentraler Bedeutung, um die fachliche Expertise mit den nötigen kommunikativen und kulturellen Kompetenzen zu kombinieren (ebd.). Die teilnehmenden Bürger*innen nehmen bei den Beteiligungsformaten die Rolle der Alltagsexpert*innen ein. Spielerische und kreative Formate bilden den Rahmen, um Hierarchien abzubauen und einen Dialog auf Augenhöhe mit den institutionellen Projektpartner*innen herzustellen (ebd. 147). Für die Bürger*innen aus „prekären Milieus“ war eine finanzielle Aufwandsentschädigung (von maximal 100 Euro pro Person) ein wichtiger Anreiz für die Beteiligung (ebd.).

Während die Studie „Nachhaltiger Konsum im Dialog“ in Deutschland durchgeführt wurde, ist für Österreich das Projekt „Inklusive Nachhaltigkeit“ beispielhaft zu nennen. Das Forschungsbüro queraum führte gemeinsam mit dem inklusiven Forschungsbüro Menschenrechte von LebensGroß (ehem. Lebenshilfe Steiermark)

ein partizipatives Forschungsprojekt mit sozial benachteiligten Menschen zum Thema inklusive Nachhaltigkeit durch. Neben einer Literaturrecherche sowie Expert*inneninterviews wurden insgesamt 9 Fokusgruppen durchgeführt. Ein Großteil davon erfolgte mit Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen, zusätzlich wurden auch Fokusgruppen mit Jugendlichen in Ausbildungsprogrammen sowie mit langzeitarbeitslosen Personen durchgeführt. Inhaltlich ging es um ihr Verständnis von Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie ihre Einschätzungen und Wahrnehmungen der Klimakrise. Zusätzlich stand die Analyse von nachhaltigen Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten von sozial benachteiligten Personen im Mittelpunkt der Forschung. Die Studie betont die beschränkten klimarelevanten Wirkungen von individuellen nachhaltigen Konsum-Praktiken (Weber et al. 2023, 69). Die Autor*innen plädieren für eine ökologische Transformation gesellschaftlicher Infrastrukturen, um Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten, und somit soziale Inklusion, zu erhöhen. Bei Menschen, die ohnehin bereits stark begrenzte Handlungsmöglichkeiten haben, soll keine Verantwortung für nachhaltiges Handeln eingefordert werden (ebd.).

Den partizipativen Charakter erhielt das Projekt durch die Kooperation von Menschen mit und ohne Behinderung während des gesamten Forschungsprozesses. Im Forschungsbüro Menschenrechte sind Personen mit und ohne Behinderungen tätig und arbeiten an sozialwissenschaftlichen Fragestellungen. Durch die Kooperation der beiden Forschungseinrichtungen war die inklusive Zusammenarbeit ein integraler Bestandteil des Projekts, sowohl während der Planungsphase, als auch bei der Durchführung sowie bei der Analyse und Diskussion der Ergebnisse. Somit konnten Methoden und Abläufe entwickelt werden, die auf den Voraussetzungen und Bedürfnissen aller zugeschnitten sind.

Eine Methode, die in Beteiligungsprojekten und Studien mit partizipativem Charakter, wie etwa bei Weber et al. 2023, häufig zur Anwendung kommt, ist die Fokusgruppe. Das Ziel einer Fokusgruppe vor allem eine Diskussion zwischen den Teilnehmer*innen herzustellen und das Format als Partizipationsmöglichkeit von Bürger*innen zu verwenden (Schulz 2012, 9). Die Forschenden bzw. Moderator*innen haben die Aufgabe, den Dialog zu ermöglichen, inhaltliche Stellungnahmen oder Fragen an Einzelne sollen vermieden werden (Schulz 2012, 16). In der empirischen Sozialforschung wird vor allem der kollektive Wissensbestand als großer Vorteil von Fokusgruppen gesehen. Durch den Dialog können so neue Ideen oder vergessene Erfahrungen stimuliert werden, die bei einem Einzelinterview möglicherweise nicht angesprochen werden würden (Schulz 2012, 13).

Die Erkenntnisse der beiden vorgestellten Studien lieferten einen wichtigen Input für die Konzeption der Kommunikationsformate. Es wurden folgende für das vorliegende Projekt relevante Ableitungen getroffen: Um Partizipation zu

ermöglichen, ist es wichtig, die Teilnehmer*innen als Expert*innen ihrer Lebenswelt anzuerkennen. Um einen Dialog auf Augenhöhe zu ermöglichen, sollte darauf geachtet werden, niederschwellige und lebensnahe Fragestellungen zu entwickeln, und die Methoden und Abläufe auf die Voraussetzungen und Bedürfnisse der Teilnehmenden zuzuschneiden. Entsprechend der Empfehlung von Fischer et al. (2021) wurde den Teilnehmenden auch eine Aufwandsentschädigung übergeben. Darüber hinaus wurden weitere, armutssensible Strategien angewandt, um Partizipation an den Kommunikationsformaten für unsere Zielgruppe zu verbessern, welche im nächsten Abschnitt genauer erläutert werden.

4.2 Evaluation der Kommunikationsformate

Im Folgenden werden die drei durchgeführten Kommunikationsformate anhand zentraler Indikatoren beschrieben und reflektiert. Zunächst wird jeweils ein kurzer Überblick über die Eckdaten der jeweiligen Veranstaltung gegeben, dann erfolgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse in Bezug auf die Inhalte und das Format. Das übergeordnete Projektziel war es, mit den Veranstaltungen Räume zu schaffen, in denen Armutsbetroffene in Dialog miteinander und/oder mit relevanten Stakeholdern zu den Themen Klimabelastungen und Klimawandelanpassung treten können. Aus diesem Grund stehen bei der nun folgenden Evaluation die methodischen Aspekte der Formate im Vordergrund, während die Inhalte eher zweitrangig sind, zumal diese aufgrund von eingeschränkten Projektressourcen auch keiner wissenschaftlichen Auswertung unterzogen wurden. Die Erkenntnisse in Bezug auf das Format, und hier insbesondere dessen methodische Aspekte, wurden daher einer detaillierteren Evaluation anhand folgender Indikatoren unterzogen:

- Zugang zur Zielgruppe
- Gestaltung von Inhalt und Ablauf
- Rahmenbedingungen vor Ort
- Zielerreichung
- Nachbereitung

Im Anschluss an jede Evaluation erfolgt ein kleiner Einblick in die Veranstaltung anhand von Fotos sowie eine Kurzzusammenfassung der wichtigsten methodischen Erkenntnisse des jeweiligen Kommunikationsformats.

4.2.1 Fokusgruppe

Überblick

Am 18.10.2023 fand ab 16 Uhr das erste Veranstaltungsformat statt. Es handelte sich um eine Fokusgruppe, orientiert an der Methode der qualitativen Sozialforschung, zum Thema Klimawandelauswirkungen im eigenen Leben und Anpassungsmöglichkeiten. An der Fokusgruppe nahmen zehn armutsbetroffene Personen teil, die durch diverse Projekte der Volkshilfe finanziell unterstützt wurden. Das Projektteam, bestehend aus Anna Larcher und Marie Chahrour, erstellte den Fragebogen (siehe Beilage 4) und moderierte die Fokusgruppe. Eine zusätzliche Kollegin führte Beobachtungen durch und zwei weitere Kolleg*innen standen für Kinderbetreuung zur Verfügung. Die Fokusgruppe wurde für eine Stunde angesetzt und aufgrund der intensiven und inhaltsreichen Diskussion um etwa eine halbe Stunde verlängert. Die Gesamtdauer betrug knapp eineinhalb Stunden, wobei einige der Teilnehmer*innen im Anschluss noch länger blieben, um individuelle Fragen mit den anwesenden Kolleg*innen der Sozialen Arbeit zu besprechen.

Ziele des Formats

Mit der Fokusgruppe wurden mehrere Ziele verfolgt. Allgemein diente sie dazu, die Sichtweisen Armutsbetroffener im Projekt zu berücksichtigen. Dafür war es wichtig, einen Rahmen zu schaffen, in dem die Teilnehmer*innen ihre Perspektiven und Erfahrungen im Hinblick auf die Klimakrise ausdrücken und sich untereinander austauschen können. Ein wichtiges Ziel dabei war, dass alle Teilnehmer*innen voneinander lernen können und Anpassungsstrategien beziehungsweise Lösungsansätze weitergegeben werden. Durch die Erkenntnis, dass sich andere in ähnlichen Lebenslagen befinden und mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind, sollte ein Gefühl der Solidarität und des Empowerments erzeugt und strukturelle Ursachen von Armut sichtbar gemacht werden.

Darüber hinaus verfolgte die Fokusgruppe auch inhaltliche Ziele, die in erster Linie darin bestanden, ergänzend zur Umfrage mehr qualitative Daten zu sammeln, um ein tieferes Verständnis für die Umfrageergebnisse zu generieren. Einerseits sollten mehr Informationen über klima-induzierte Belastungen für armutsbetroffene Familien gewonnen werden, speziell im Kontext ihrer Wohnverhältnisse. Andererseits sollte durch die Fokusgruppe mehr darüber in Erfahrung gebracht werden, wie und wo sich die Familien über soziale Unterstützungsleistungen informieren, und welche Art der Unterstützung sie brauchen. Die Idee war, dass Stakeholder im Klimabereich, wie beispielsweise das BMK, mithilfe dieser Informationen armutsbetroffene Haushalte künftig besser erreichen und unterstützen können.

Erkenntnisse in Bezug auf die Inhalte

Die Inhalte der Fokusgruppe werden im folgenden überblicksartig zusammengefasst. Eine umfassende Analyse mittels einer sozialwissenschaftlichen Methode war im Rahmen des vorliegenden Projekts nicht vorgesehen, da es in erster Linie darum ging, die Eignung der Methode für Formate der Klimakommunikation zu testen. Da eine Audio- sowie eine Videoaufnahme der Fokusgruppe erstellt wurde, besteht jedoch noch die Möglichkeit, die Inhalte im Detail auszuwerten.

Die zentralen Themen der Fokusgruppe waren Klimawandelauswirkungen, Anpassungsmöglichkeiten und Strategien, Bedarfe und Informationskanäle über Unterstützungsleistungen. Bei fast allen Teilnehmer*innen bestehen große Belastungen aufgrund von Hitzephasen, vor allem auf gesundheitlicher aber auch psychischer Ebene. Dies deckt sich auch mit vorangegangenen Befragungen zu dieser Thematik (Aigner et al. 2023b; Lichtenberger/Ranftler 2022b). Der Wohnraum bietet in den seltensten Fällen Erholung, vielmehr müssen Strategien der Kühlung angewandt werden, wie die Verwendung von nassen Tüchern zur Kühlung von Gesicht und Hals. Die Wohnumgebung wird als sehr herausfordernd beschrieben, da nicht viel Schatten und Grünraum zur Verfügung stehen, und körperliche Symptome wie Kopfschmerzen, brennende Augen, trockene Lippen werden genannt. Auch die Kälte ist für die Teilnehmer*innen der Fokusgruppe eine große Herausforderung, speziell für jene mit Kindern, da hohe Heizkosten nicht bezahlt werden können. Den Wohnraum zu lüften wird als Schwierigkeit wahrgenommen, wenn es sowieso schon so kalt in den Zimmern ist. Die meist genannte Strategie ist sich dicke Kleidung anzuziehen und aufgrund der hohen Kosten wenig zu heizen. Bezüglich der Wohnumgebung werden Einkaufszentren genannt, die aufgesucht werden, um sich aufzuwärmen.

Als Stellen, an denen Informationen zu Unterstützungsleistungen eingeholt werden, wurden das jeweilige Bezirksamt und die Sozialberatungsstellen sozialer Organisationen genannt. In diesem Zusammenhang wiesen die Teilnehmer*innen auf die große Notwendigkeit von finanziellen Unterstützungsleistungen hin. Lediglich eine Beratung oder Informationsmaterialien nütze ihnen wenig, da die prekäre Situation der Familien primär durch finanzielle Ressourcen verbessert werden kann. Eine Beratung helfe nur dann, wenn dadurch unmittelbare, konkrete Schritte der Entlastung ermöglicht werden. Bei der Unterstützung bei den Energiekosten sei es relevant, dass nicht nur offene Rechnungen gedeckt werden, sondern auch bereits bezahlte Rechnungen übernommen werden können. Viele Betroffene haben große Sorgen vor Mahnungen und gehen daher eher das Risiko ein, ihr Konto zu überziehen als eine Rechnung nicht zu bezahlen, was wiederum psychische Belastungen verursacht. Am Ende wurde der klare Wunsch an die Politik formuliert, dass regelmäßige finanzielle Hilfen einmaligen

Unterstützungsleistungen vorzuziehen seien und Personen mit geringen Haushaltseinkommen gezielter unterstützt werden müssen.

Erkenntnisse in Bezug auf das Format

1. Zugang zur Zielgruppe

Etwa eine Woche vor der Fokusgruppe wurden Klient*innen aus Projekten der Volkshilfe kontaktiert und für das Veranstaltungsformat angefragt. Um die 20 Personen wurden angerufen und 10 konnten schlussendlich an der Fokusgruppe teilnehmen. Ausschlaggebend für die Teilnahme waren einerseits der Zeitpunkt und andererseits die Aufwandsentschädigung in Form eines 50 Euro Lebensmittelgutscheins von „Hofer“. Der Termin am späten Nachmittag war für einen Großteil gut machbar, da er sich mit Erwerbsarbeit und/oder Betreuungspflichten vereinbaren ließ. Dennoch wurde von den Meisten, die nicht teilnehmen konnten, zeitliche Gründe genannt. Nur sehr selten wurde die Einladung aufgrund von mangelndem Interesse oder anderen Gründen abgelehnt. Aus der Umfrage sowie anderen Projekten der Volkshilfe war bekannt, dass die Familien stark unter den gestiegenen Lebensmittelpreisen leiden. Ein 50 Euro Gutschein von einem Lebensmittelgeschäft war daher ein sehr attraktives Angebot für die kontaktierten Personen und stellte einen großen Anreiz für die Teilnahme dar. Viele jener, die aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten, bedauerten dies sehr, da sie die Möglichkeit des Gutscheins somit verpassten. Aus diesem Grund war es keine Schwierigkeit, genügend Teilnehmer*innen für die Fokusgruppe zu erreichen. Neben der finanziellen Dimension hatte der Gutschein auch einen symbolischen Wert, da damit der zeitliche Aufwand sowie die Bereitschaft, die eigenen Erfahrungen fremden Menschen mitzuteilen, honoriert werden sollte.

Ein weiterer, entscheidender Vorteil bei der Kontaktaufnahme war, dass die kontaktierten Personen die Volkshilfe bereits kannten. Somit war für sie auch klar, wie wir ihre Kontaktdaten erhalten hatten. Da sie, teilweise bereits seit geraumer Zeit, von der Volkshilfe unterstützt wurden, bestand ein positives und vertrauensgeprägtes Verhältnis der Organisation und ihrer Mitarbeiter*innen gegenüber, was die Bereitschaft der Teilnahme ebenso erhöhte.

2. Gestaltung von Inhalt und Ablauf

Inhaltlich wurde der Fokus auf konkrete Berührungspunkte mit der Klimakrise und ihren Auswirkungen gelegt, die speziell im eigenen Wohnraum und in der Wohnumgebung erfahren werden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der Durchführung von Fokusgruppen mit Armutsbetroffenen wurden Klima-Themen anhand der Wohnverhältnisse und des Umgangs mit Hitze und Kälte/Nässe besprochen, da diese Bereiche nah an der Lebenswelt der Teilnehmer*innen sind. Hitze aber auch Kälte erwiesen sich als geeignete Einstiegsthemen, um über Belastungen im Kontext von Klimakrise zu sprechen. Vor dem Hintergrund der

Erfahrungen aus der Klima-Umfrage wurden darauf geachtet, die Verwendung abstrakter Begriffe (bspw. „Klimakrise“, „Klimawandel“, etc.) möglichst zu minimieren, und stattdessen konkrete und alltagsnahe Umschreibungen heranzuziehen („es wird immer wärmer“, „Sie haben das vielleicht schon gemerkt, dass es im Sommer oft extrem heiß ist“). Gerade im Kontext von Armut über Klimabelastungen zu sprechen, erfordert klare Fragestellungen und eine armutssensible Sprache, um einen annähernd schamfreien und sicheren Kommunikationsrahmen zu schaffen. Armutssensibel zu sprechen, bedeutet in diesem Zusammenhang auch, die eingeschränkten Handlungsspielräume Armutsbetroffener im Hinblick auf nachhaltigen Konsum zu berücksichtigen. Im Hinblick darauf, dass ökologisches Handeln stark sozial erwünscht und normativ aufgeladen ist, ist es von zentraler Bedeutung, keine moralisierenden Fragen zu stellen und bei der Veranstaltung eine Atmosphäre zu schaffen, bei dem sich niemand verurteilt fühlt.

3. Rahmenbedingungen vor Ort

Als Räumlichkeit für die Fokusgruppe wurde ein Besprechungsraum mit einem großen Tisch gewählt, der gut zu den Erfordernissen der Veranstaltung passte. Es war wichtig, einen eigenen, geschlossenen Raum für die Veranstaltung zu haben, in dem genug Platz für alle Teilnehmer*innen vorhanden war. Nicht nur für die räumlichen Gegebenheiten, auch aus Gründen der Akustik und der Gruppendynamik war unserer Einschätzung nach 10 die maximale Anzahl an Teilnehmer*innen. Zur Verpflegung wurden Getränke und Knabberien zur Verfügung gestellt. Im Empfangsbereich der Bundesgeschäftsstelle wurde die Kinderbetreuung inklusive Verpflegung und Spiel- sowie Bastelsachen angeboten. Zwei Kinder von Teilnehmer*innen an der Fokusgruppe hielten sich dort mit Kolleg*innen der sozialen Arbeit auf.

4. Zielerreichung

Insgesamt verlief die Fokusgruppe sehr erfolgreich und erwies sich als geeignetes Format, um einen Austausch zu Aspekten der Klimawandelanpassung zu ermöglichen und gleichzeitig Daten zu diesem Thema zu sammeln. Die im Vorfeld gesetzten Ziele konnten erreicht werden: die Teilnehmer*innen traten in einen Dialog miteinander, bezogen sich gegenseitig auf Aussagen, tauschten Strategien untereinander aus und bestärkten Gesagtes. Zusätzlich konnten tiefergehende Einblicke darüber gesammelt werden, wie die Klimakrise armutsbetroffene Familien genau belastet. Die Atmosphäre war konstruktiv und auch unangenehme Themen, wie beispielsweise Scham aufgrund der Armutslage, wurden besprochen. Durch die zuhörende und verständnisorientierte Haltung aller Anwesenden, auch der Moderation, konnte bei den Teilnehmer*innen ein Gefühl der Anerkennung für die eigenen Problemlagen erzeugt werden. Diese Grundstimmung war

ausschlaggebend dafür, dass die Teilnahme an der Fokusgruppe am Ende für alle eine positive Erfahrung war.

Nach der Fokusgruppe suchten einige Teilnehmer*innen noch das Gespräch mit den anwesenden Sozialarbeiter*innen, welche die Kinderbetreuung übernommen hatten, und machten sich Termine für Sozialberatung aus. Dies zeigt auf, dass es für die Zielgruppe sehr sinnvoll ist, Veranstaltungen zu Klimathemen mit sozialarbeiterischen Angeboten zu verbinden, und, wie im Fall der Fokusgruppe, danach noch die Möglichkeit für Beratung zu bieten.

Zusammenfassend ermöglichte es die Fokusgruppe, die Sichtweisen der Betroffenen ins Zentrum zu stellen, wodurch die Dringlichkeit von Unterstützungsmaßnahmen hinsichtlich klima-induzierten Belastungen deutlich wurden.

5. Nachbereitung

Für künftige Veranstaltungen dieser Art wäre es empfehlenswert, die wichtigsten Informationen und Erkenntnisse aus der Fokusgruppe an die Teilnehmer*innen zurückzuspielen. Dies war im Rahmen des vorliegenden Projekts nicht vorgesehen, sollte aber für künftige Veranstaltungen berücksichtigt werden.



Abbildung 1: Einblicke in die Fokusgruppe

FOKUSGRUPPE – ZUSAMMENFASSUNG

Hard facts

- Thema: Klimawandelauswirkungen im eigenen Leben und Anpassungsmöglichkeiten; Schwerpunkt auf Wohnverhältnisse und Umgang mit Hitze/Kälte/Nässe
- Datum: 18.10.2023
- Uhrzeit: Ankommen ab 16:30, Beginn der Fokusgruppe: 17 Uhr
- Ort: Besprechungsraum, Büro der Volkshilfe Österreich, Auerspergstraße 4, 1010 Wien
- Teilnehmer*innen: 10 armutsbetroffene Personen, Klient*innen der Volkshilfe
- Moderation: Anna Larcher und Marie Chahrour (Projektteam)
- Vorbereitung und Organisation: Anna Larcher und Marie Chahrour
- Kinderbetreuung: Angelika Koller und Tobias Bilek
- Dauer: 1 Stunde und 23 Minuten

Checkliste

- Kinderbetreuung vor Ort zur Verfügung stellen
- Armutssensible Sprache
- Gruppengröße 10 Personen maximal
- Abgeschlossener, ruhiger Raum
- Verpflegung (Getränke und Knabberereien/Fingerfood)
- Konkrete, klare und relevante Fragestellungen für die Zielgruppe
- Priorität auf Austausch und Dialog zwischen den Teilnehmer*innen
- Unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen sind erwünscht
- Sozialarbeiterische Angebote direkt im Anschluss an die Veranstaltung zur Verfügung stellen

4.2.2 Beteiligungsfrühstück

Überblick

Das Beteiligungsfrühstück fand am 16.11.2023 im Rahmen des Klimadialogs statt. Mit der Veranstaltung wurde ein Raum geschaffen, in dem Bürger*innen mit Armutserfahrung in unmittelbarem Austausch mit Personen aus der Verwaltung treten können. Vertreter*innen aus dem Klimaministerium sowie aus anderen verwaltungsnahen Organisationen erhielten die Gelegenheit, Klima-Belastungen armutsbetroffener Familien aus erster Hand zu erfahren und direkt Fragen an die Betroffenen zu stellen. Inhaltlich lag der Fokus auf dem Umgang mit Hitzewellen, sowie mit Kälte/Nässe im Kontext der Wohnverhältnisse und der Wohnumgebung, der Leitfaden ist als Beilage 5 hinzugefügt. Insgesamt 25 Armutsbetroffene sowie Vertreter*innen aus dem BMK, dem Klima- und Energiefonds, der MA 40 und Wien Energie wurden auf die drei Tische aufgeteilt. Drei Mitarbeiterinnen der Volkshilfe, Anna Larcher, Marie Chahrour und Angelika Koller waren vor Ort und führten die Moderation von jeweils einem Tisch durch. Katharina Kowalski von der Sektion VI, Klima und Energie, des BMK, eröffnete das Beteiligungsfrühstück durch eine kurze Ansprache. Danach stellten die Moderatorinnen Impulsfragen an die bei ihnen am Tisch sitzenden Armutsbetroffenen, während die anwesenden Vertreter*innen aus Verwaltung und verwaltungsnahen Organisationen eine zuhörende Rolle einnahmen. In einem zweiten Teil konnten auch sie Fragen formulieren und in Dialog mit den armutsbetroffenen Personen treten. Ähnlich wie bei der Fokusgruppe wurden auch beim Beteiligungsfrühstück nach Ende der Veranstaltung von einzelnen Personen individuelle Anliegen mit den anwesenden Sozialarbeiter*innen besprochen.

Ziele des Formats

Das Ziel des Beteiligungsfrühstücks war es einerseits, für armutsbetroffene Personen eine Möglichkeit zu schaffen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen mit Personen „aus der Politik“ zu teilen. Menschen mit Armutserfahrung sollten die Möglichkeit haben, als Expert*innen ihrer eigenen Lebensrealität aufzutreten und dabei auch Ideen oder Wünsche kommunizieren zu können. Für die Vertreter*innen aus Verwaltung oder Politik war es das Ziel, unverfälschte und möglicherweise neue Perspektiven auf Klimawandelfolgen zu erfahren, nämlich aus Sicht von Personen mit geringen Einkommen. Somit sollte eine Sensibilisierung für die Lebenslagen einer Zielgruppe entstehen, die hinsichtlich der Auswirkungen durch die Klimakrise besonders vulnerabel ist.

Ein weiteres, wichtiges Ziel war es, eine vertrauensvolle Atmosphäre und einen Rahmen zu schaffen, um offene Gespräche zu ermöglichen. Für alle Beteiligten sollte es eine angenehme, positive Erfahrung werden.

Erkenntnisse in Bezug auf die Inhalte

Die Betroffenen betonten, dass die Politik in der Verantwortung wäre, besonders vulnerable Personengruppen aktiv zu schützen. Freizeitaktivitäten, die vor allem während Extremwetterereignissen wie Hitzewellen für Entlastung sorgen könnten, sollten nicht mit Kosten und/oder Konsumzwang einhergehen. Außerdem wurde der hohe mentale Ressourceneinsatz und Organisationsaufwand beschrieben, der notwendig ist, um mit den geringsten finanziellen Mitteln durchzukommen und keine (weiteren) Schulden aufzubauen. Informationen und Tipps bezüglich Unterstützungsangeboten wurden durch die Vertreter*innen aus Politik/Verwaltung bei den Gesprächen an die Betroffenen weitergegeben.

Bei der abschließenden Bitte, Wünsche an die Politik zu formulieren, definierten die Betroffenen unter anderem gemeinsame Fragestellungen: Wie können wir uns zusammenschließen, um etwas zu bewegen? Müssen Änderungen eingefordert werden, um Missstände zu bekämpfen? Die Diskussionen wurden mit der Erkenntnis abgeschlossen, dass die Teilnahme am Format selbst schon als politischer Akt verstanden werden kann, weil Familien über Problemlagen sprechen, und diese an Entscheidungsträger*innen vermitteln.

Erkenntnisse in Bezug auf das Format

1. Zugang zur Zielgruppe

Zu Beginn war es schwierig, Betroffene für den Vormittag zu gewinnen, da viele zu dieser Zeit berufstätig sind. Nach einigen erfolglosen Telefonaten, konnten dann aber schlussendlich doch 25 Personen für das Beteiligungsfrühstück zusagen und teilnehmen. Auch hier war der vorab bereits angekündigte 50-Euro Hofer-Gutschein eine wichtige Motivation für die Betroffenen, ihre zeitlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die Anmeldung von Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik war aufgrund der relativ kurzfristigen Ankündigung und Bewerbung des Veranstaltungsformats herausfordernd, aber auch hier konnten schlussendlich genügend Personen teilnehmen.

2. Gestaltung von Inhalt und Ablauf

Aufgrund von äußeren Umständen musste die Planung des Beteiligungsfrühstücks sehr kurzfristig umgesetzt werden, weshalb nicht viel Zeit für intensive Vorbereitungen blieb. Die Organisator*innen des Klimadialogs (BMK, Plansinn) waren allerdings eine große Unterstützung. Getränke und Frühstück konnten aufgrund der Kurzfristigkeit nicht über das Catering des Klimadialogs organisiert werden, was allerdings angesichts der hohen Anzahl an teilnehmenden Personen wichtig gewesen wäre. Stattdessen wurde am Tag der Veranstaltung ein Frühstück bei einem nahegelegenen Supermarkt eingekauft und an einigen Stehtischen angerichtet. Nach Ankunft am Veranstaltungsort wurden alle Teilnehmer*innen

dazu eingeladen, sich am Buffet zu bedienen, und Essen sowie Getränke zu den ihnen zugewiesenen Plätzen mitzunehmen. Die Verpflegung war somit ein eigenständiger Teil der Veranstaltung und ermöglichte somit einen niederschweligen Einstieg. Während der Einnahme des Frühstücks an den Tischen kamen die Teilnehmer*innen untereinander ins Gespräch. Somit hatten sich die meisten bereits kurz kennengelernt, bevor die Gesprächsrunden an den Tischen offiziell begannen.

Zu Beginn der Gespräche erfolgte an jedem Tisch eine Vorstellungsrunde, bei der alle Anwesenden ihren Wohnbezirk, ihre Wohnform und, falls vorhanden, die Anzahl an Kinder nennen sollten, die mit ihnen im Haushalt lebt. Auch die Moderation und die Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung nahmen an der Vorstellungsrunde teil, was zu einem Abbau von Hierarchien zwischen den Anwesenden, sowie zum Vertrauensaufbau beitrug. Für die Gespräche im Anschluss wurden vorab Impulsfragen vorbereitet und von der Moderation gestellt. Um möglichst viele verschiedene Fragestellungen abzudecken, startete jeder der drei Tische mit einem anderen Themenblock. Die zentralen Themen waren Klimawandelauswirkungen, Anpassungsmöglichkeiten, Strategien und Bedarfe, wobei bei allen Aspekten ein Schwerpunkt auf die Wohnverhältnisse und die umliegende Infrastruktur (privater und öffentlicher Raum) gelegt wurde. Die Fragen richteten sich an die anwesenden armutsbetroffenen Personen, wodurch zu Beginn der Gespräche nur sie am Wort waren. Im Anschluss an deren Erzählungen konnten auch die Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik Fragen stellen und in Dialog mit den anderen treten. Insgesamt konnten die Impulsfragen erfolgreich besprochen werden und es fand ein produktiver Austausch zwischen den Teilnehmer*innen statt. Am Ende des Dialogs wurde noch eine Impulsfrage hinsichtlich der Wünsche der anwesenden Armutsbetroffenen an die Politik gestellt.

3. Rahmenbedingungen vor Ort

Für das Beteiligungsfrühstück konnten die Räumlichkeiten des Klimadialogs genutzt werden, wodurch ausreichend Sitzgelegenheiten und Tischen zur Verfügung standen. An Stehtischen wurde das Frühstück angerichtet, an dem sich nahezu alle Teilnehmer*innen bedienten. Da der Austausch an drei Tischen in kleineren Gruppen parallel im selben Raum stattfand, war die Lautstärke teilweise herausfordernd. Zusätzlich wurden ungefähr 10 Kinder unangekündigt von den Teilnehmer*innen mitgenommen, die sich ebenfalls im Raum aufhielten und den Lärmpegel erhöhten, sowie die Konzentrationsfähigkeit der Eltern erschwerte. Kinderbetreuung sollte daher immer organisiert werden, auch dann, wenn vorab nicht klar ist, ob Kinder anwesend sein werden.

4. Zielerreichung

Trotz Herausforderungen hinsichtlich der Lautstärke und der Anzahl der Kinder fand an allen drei Tischen ein produktiver Austausch statt. Ähnlich wie bei der Fokusgruppe bestärkten sich die Betroffenen gegenseitig und tauschten Strategien im Umgang mit Belastungen aus. Weiters wurden zwischen den anwesenden armuterfahrenen Menschen und den Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung Informationen zu diversen Unterstützungsleistungen ausgetauscht. Erfahrungen mit Behörden, Organisationen, Hausverwaltungen, etc. waren ebenfalls Thema dieses Austausches. Am Ende des Beteiligungsfrühstücks betonten die Personen mit Armutserfahrung, dass sie den Austausch als sehr wertschätzend wahrgenommen haben und sie es als besondere Erfahrung empfanden, mit Menschen aus Politik und Verwaltung offen sprechen zu können. In Kontakt mit Personen in ähnlichen Lebenssituationen zu treten helfe ihnen darüber hinaus dabei, sich weniger alleine zu fühlen. Diese Aussagen der Teilnehmer*innen verdeutlichen, dass Methoden wie die Fokusgruppe oder das Beteiligungsfrühstück auch einen positiven Effekt auf die psychische Gesundheit Armutsbetroffener haben können.

Durch die gezielten Strategien, um einen geschützten und vertrauensvollen Raum zu schaffen, konnte wie geplant eine angenehme Atmosphäre vor allem für die anwesenden Armutsbetroffenen hergestellt, und Partizipation ermöglicht werden. Wichtig hierbei war vor allem die Kennenlernrunde, bei der sich alle mit denselben Kategorien vorstellten, sowie die Priorität darauf, Betroffene zuerst sprechen zu lassen, um ihren Perspektiven Platz zu schaffen. Durch das Frühstück konnte darüber hinaus ein guter Einstieg in die Veranstaltung geschaffen werden. Trotz des herausfordernden Settings konnten mithilfe dieser Strategien die definierten Ziele erreicht werden. Nicht nur hatten armutsbetroffene Personen Raum dafür, um über ihre Belastungen hinsichtlich der Klimakrise zu sprechen und sich untereinander dazu auszutauschen, sondern es entstand auch ein Austausch zwischen Armutsbetroffenen und Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung. Insgesamt konnten geeignete Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, einen Beteiligungsprozess zu starten.

5. Nachbereitung

Nach dem Format konnten Prozesse eines weiterführenden Austauschs und der Vernetzung zwischen den anwesenden Armutsbetroffenen beobachtet werden. Besprochene Strategien und Unterstützungsmöglichkeiten, auf die im Zuge der Diskussion hingewiesen wurden (zwischen Betroffenen oder durch Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung), wurden im Nachhinein durch die Volkshilfe an interessierte Betroffene ausgesendet (z.B. Energieunterstützung+). In den Wochen nach dem Beteiligungsfrühstück erhielten wir eine positive Rückmeldung

von einer armutsbetroffenen Person, die durch eine beim Beteiligungsfrühstück empfohlene Unterstützungsleistung finanzielle Hilfe erhalten hatte.



Abbildung 2: Einblicke in das Beteiligungsfrühstück

BETEILIGUNGSFRÜHSTÜCK – ZUSAMMENFASSUNG

Hard facts

- Thema: Auswirkungen der Klimakrise auf armutsbetroffene Haushalte
- Datum: 16.11.2023
- Uhrzeit: Ankommen ab 10 Uhr, Beginn der Veranstaltung um ca. 10:30 Uhr
- Ort: Reaktor, Geblergasse 36/40, 1170 Wien
- Teilnehmer*innen:
- 25 armutsbetroffene Personen, Klient*innen der Volkshilfe
- Vertreter*innen aus dem BMK, dem Klima- und Energiefonds, der MA40 und von Wien Energie
- Moderation: Anna Larcher, Marie Chahrour (Projektteam) und Angelika Koller (Team Kinderarmut Abschaffen)
- Vorbereitung und Organisation: Anna Larcher und Marie Chahrour
- Dauer: ca. eineinhalb Stunden

Checkliste:

- Kinderbetreuung
- Mehr abgetrennte Räumlichkeiten (für jede Kleingruppe im besten Fall ein eigener Raum)
- Mehr Vorlaufzeit für die Bewerbung des Formats bei Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung
- Bessere Ausstattung hinsichtlich der Verpflegung
- Armutssensibler Umgang
- Flache „Hierarchien“ und Armutsbetroffene als Expert*innen ihrer Lebenswelt
- Fokus auf Perspektiven und Erzählungen der Familien
- Honorar für Armutsbetroffene

4.2.3 Beratungscafé

Überblick

Das Beratungscafé fand am 22.11.2023 zwischen 14 und 18 Uhr in der Kreisler*in, einem Generationencafé der Volkshilfe Oberösterreich, statt. Das Projektteam bestehend aus Anna Larcher und Marie Chahrour nahmen bei dieser Veranstaltungsformat eine beobachtende Rolle ein, wohingegen drei Kolleginnen aus der Volkshilfe Oberösterreich die Beratungen durchführten. Drei Tische standen bereit, an denen die eingeladenen armutsbetroffenen Personen in lockerer Atmosphäre Beratung zu verschiedenen Themen erhielten. Es wurde **Sozialberatung**, **Energieberatung** und **Klimaberatung** angeboten, wobei Letztere Raum für einen allgemeinen Austausch über die Themen Klimakrise und Klimaschutz bieten sollte. Das konzipierte Beratungscafé bot Armutsbetroffenen auch die Möglichkeit, Getränke und Essen in der Kreisler*in kostenfrei zu konsumieren. Insgesamt wurde das Beratungscafé von 10 armutsbetroffenen Personen besucht.

Ziele des Formats

Das Beratungscafé stellte einen innovativen Versuch dar, verschiedene Bedarfe und Wünsche der Zielgruppe mit einem Format abzudecken. In der Umfrage wurde einerseits deutlich, wie sehr armutsbetroffene Familien soziale Unterstützung und konkrete Hilfestellungen benötigen. Ein zentrales, klima-relevantes Problemfeld ist der Bereich Energie, in dem ebenfalls großer Unterstützungsbedarf besteht. Gleichzeitig herrscht unter den Befragten ein hohes Maß an psychischer Belastung aufgrund der Klimakrise und deren bereits merkbaren oder befürchteten Folgen. Diese Sorgen zu adressieren und einen Raum zu bieten, in dem darüber gesprochen werden kann, war Ziel der Klimaberatung beim Beratungscafé. Im Unterschied zu den anderen zwei Kommunikationsformaten wurden für die Klimaberatung keine Impulsfragen vorbereitet. Stattdessen sollten die Teilnehmer*innen mit ihren eigenen Themen zur Beratung kommen können. Die Idee der Klimaberatung war zum einen Wissensvermittlung, aber zum anderen auch Austausch und Dialog, um eine psychische Entlastung armutsbetroffener Personen zu fördern. Um allgemeine soziale Anliegen zu adressieren, wurde auch eine Sozialberatung angeboten. Auf einem dritten Tisch fand eine Energieberatung statt, um konkrete Fragen rund um das Thema Energie zu besprechen. Die Besucher*innen hatten freie Wahl, ob und welches der Beratungsangebote sie in Anspruch nehmen wollen. Zentral beim Konzept des Beratungscafés war es, die drei Angebote miteinander zu kombinieren und an einem Ort anzubieten, um flexibel auf die Bedarfe der Besucher*innen eingehen zu können. Gleichzeitig war es wichtig, eine informelle und einladende Atmosphäre zu schaffen, in der sich die Besucher*innen wohlfühlen und die sie zum Austausch anregt. Durch die unterschiedlichen Beratungsthemen sollten möglichst viele verschiedene

Hilfestellungen angeboten, und gleichzeitig das klassische Beratungssetting durch die Location eines Kaffeehauses aufgelockert werden.

Erkenntnisse in Bezug auf die Inhalte

Im Folgenden können nur die Inhalte der Klimaberatung wiedergegeben werden, da es sich bei der Sozial- sowie die Energieberatung um vertrauliche Gespräche handelte.

Alle Besucher*innen nahmen die ansteigende Hitze sowie vermehrte Wetterextreme als Auswirkungen der Klimakrise wahr. Viele äußerten Beunruhigung darüber, dass Bekannte und Verwandte aus den jeweiligen Herkunftsländern bereits schlimmere Auswirkungen der Klimakrise spüren. Einige der Teilnehmer*innen beobachteten seit längerer Zeit Wetterveränderungen. Sie sprechen aus ihrer Rolle als Mütter von (kleinen) Kindern und berichten von gesundheitlichen Belastungen der Kinder, insbesondere aufgrund der Hitze. Es wurde außerdem hervorgehoben, dass Hitzewellen für muslimische Personen eine besondere Belastung sind, während sie Ramadan begehen.

In Bezug auf das Klimawissen der Teilnehmer*innen war auffällig, dass eine Verbindung zwischen Wetterextremen, Ernteaussfällen, steigenden Lebenshaltungskosten und globalen Konflikten hergestellt wurde. Insbesondere diejenigen, die in Krisengebieten aufgewachsen sind, zeigten starkes Bewusstsein für die Auswirkungen von Katastrophen, einschließlich der Klimakrise. Bei den jüngeren Besucher*innen war viel Klimawissen aus der Schule vorhanden, und sie empfanden es als interessant, das Thema auch außerhalb der Schule zu diskutieren.

Im Hinblick auf das Thema Mobilität herrschte bei den Teilnehmenden Unklarheit darüber, ob benzinbetriebene oder elektrobetriebene Autos umweltfreundlicher sind. Skepsis gegenüber Elektromobilität, insbesondere im Hinblick auf Entsorgung und Elektromüll wurden mehrfach geäußert. Einige gaben zu bedenken, dass es aus ihrer Perspektive vielmehr darum gehe, den Verbrauch insgesamt zu verringern. Die Besucher*innen nannten als ihre individuellen Maßnahmen für den Klimaschutz, dass sie viele Wege zu Fuß erledigen, kein eigenes Auto besitzen und nicht mit dem Flugzeug fliegen. Positiv wurde hervorgehoben, dass es in Österreich sehr sauber sei, und das Müllentsorgungssystem gut funktioniere.

In Bezug auf Klimaanpassungsmaßnahmen im öffentlichen Raum wurde der Bedarf nach mehr Wasserstellen und Schatten in städtischen Gebieten geäußert. Darüber hinaus bestand ein großer Wunsch nach mehr Informationen darüber, was in Krisenfällen und/oder Blackouts zu tun wäre, und wie eine Vorbereitung darauf aussehen könnte. Auch über die Art und Weise, wie diese Informationen verbreitet

werden, haben die Teilnehmer*innen klare Vorstellungen. Sie müssen gut verständlich, in mehreren Sprachen und kurz zusammengefasst sein. Die online-Beantragung von Unterstützungsleistungen, wie zum Beispiel beim Energiekostenzuschusses, stellt für die Teilnehmer*innen ein Problem dar, da sie diese als nicht verständlich und kompliziert in der Handhabung empfinden.

Erkenntnisse in Bezug auf das Format

1. Zugang zur Zielgruppe

Für das Angebot des Beratungscafés wurde eigens ein Flyer (siehe Beilage 6) gestaltet, der durch die Volkshilfe Oberösterreich verbreitet wurde. Aufgrund der limitierten Anzahl an 50-Euro Hofer-Gutscheinen, die wie bei den beiden anderen Veranstaltungsformaten als Dankschön ausgegeben werden sollten, verlief die Bewerbung vorsichtig. Die Bewerbung über verschiedene Social-Media-Kanäle sollte auch Personen die Möglichkeit bieten, sich für das Beratungscafé anzumelden, die noch nicht durch die Volkshilfe unterstützt werden. Auf den Social-Media-Kanälen der Volkshilfe Oberösterreich erreichte das Angebot die geplante Zielgruppe allerdings leider nicht. Nadine Bliem, Sozialarbeiterin der Volkshilfe Oberösterreich, kontaktierte daraufhin gezielt ihre Klient*innen und lud sie ein. Dies stellte sich als erfolgreich heraus, allerdings nur durch die Ankündigung des Gutscheins. Die relevante Einschätzung der Sozialarbeiterin der Volkshilfe Oberösterreich ist, dass für Armutsbetroffene Termine zu fixen Zeitpunkten oftmals eine Herausforderung darstellen. Viele haben aus verschiedenen Gründen bereits unzählige Termine in der Woche und die Motivation einen Termin wahrzunehmen, der, so wie das Beratungscafé, relativ offen und unkonkret ist, ist gering.

2. Gestaltung von Inhalt und Ablauf

Durch die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen aus der Volkshilfe Oberösterreich konnte die Planung und Vorbereitung des Formats unkompliziert umgesetzt werden. Die Beratungstische wurden im gesamten Café verteilt eingerichtet, während darauf geachtet wurde, dennoch ein paar Tische für andere Besucher*innen des Cafés freizulassen. Energie- und Sozialberatung fanden jeweils an kleineren Tischen in Ecken des Cafés statt, um so die nötigen Voraussetzungen für vertrauensvolle Gespräche zu schaffen. Die Klimaberatung hingegen fand in der Mitte des Raumes an einem größeren Tisch mit mehreren Stühlen statt. Die Idee hinter dieser Positionierung war es einerseits, das Thema und das etwas ungewöhnliche Beratungsthema prägnanter zu machen, und andererseits, auch die Möglichkeit eines Austauschs zwischen den Betroffenen anzubieten. Letztlich nahmen einige der Anwesenden an diesem Tisch Platz, während sie darauf warteten, dass der Tisch für die Sozial- bzw. Energieberatung frei wurde. Diese Gelegenheit konnte dazu genutzt werden, sich bei Café und Kuchen über Klimathemen zu unterhalten.

Insgesamt nahmen 10 Personen das Angebot eines Beratungscafés in Anspruch, wobei bei diesem Format, im Gegensatz zu den anderen Veranstaltungen, ausschließlich Frauen und ihre Kinder teilnahmen. Die Betroffenen betonten in allen Beratungseinheiten, dass oftmals konkrete Informationen über Unterstützungsangebote fehlten, da es zu viel kleinteilige Angebote von unterschiedlichen Stellen gibt und es zeitliche, sprachliche und mentale Ressourcen benötigt um sich hier einen Überblick zu verschaffen. Außerdem wurde von einer Betroffenen der Wunsch geäußert, dass der Zugang zu Unterstützungsangeboten und Beratung niederschwelliger sein muss. Aus diesem Grund bietet die Volkshilfe Oberösterreich unter anderem Sozialberatung im selben Gebäude wie einen Kindergarten an. Das Beratungsangebot ist in eine elementare Bildungseinrichtung eingegliedert, was einen besonders großen Mehrwert für Armutsbetroffene mit Kleinkindern darstellt.

3. Rahmenbedingungen vor Ort

Vor allem die Nutzung der Kreisler*in als Generationencafé, welches gleichzeitig ein Vintage-Geschäft und Repair-Café ist, stand ganz im Zeichen von Kreislaufwirtschaft und stellte sich daher als geeignete Räumlichkeit für dieses Projekt dar. Das Café war bis 16 Uhr noch für andere Gäste geöffnet, jedoch kam nur sehr vereinzelt Kundschaft, und es war räumlich genug Platz für Abstand zwischen den Tischen vorhanden, weshalb die Beratungen in ruhiger und intimer Atmosphäre stattfinden konnten.

Die Personen vor Ort teilten sich zeitlich und räumlich gut auf. Fast alle der 10 Armutsbetroffenen nahmen das Angebot von allen drei Beratungsangeboten in Anspruch und verweilten ungefähr 30-60 Minuten pro Tisch. Die Teilnehmenden konnten sich zusätzlich kostenfrei Getränke und Kuchen im Café bestellen. Drei Personen kamen mit kleineren Kindern, daher war es von Vorteil, dass Kinderbetreuung angeboten werden konnte. So hatten die Mütter die Möglichkeit sich in Ruhe beraten lassen zu können. Der Ablauf insgesamt zeichnete sich durch eine lockere Kaffeehaus-Atmosphäre aus, die für entspannte Gespräche sorgte.

Die drei Beraterinnen hatten sehr unterschiedliche Erfahrungen mit ihren jeweiligen Formaten, und reflektierten diese im Anschluss an die Veranstaltung. Auf Basis ihrer Reflexionen wird im Folgenden nochmal gesondert auf die drei Formate eingegangen:

▪ **Klimaberatung**

Die überraschend ausführlichen Gespräche und zahlreichen Beiträge der Teilnehmer*innen zeugen von einem bereits vorhandenen fundierten Wissen. Eine tiefere Diskussion zur Klimakrise in Verbindung mit den konkreten Lebensrealitäten könnte möglicherweise ermächtigende Lösungen für

Nachbarschaften hervorbringen. Durch Gruppenarbeiten könnten inspirierende Ideen entstehen und ein positives Netzwerk geschaffen werden.

Die bereitgestellten Materialien über die Klimakrise und ihrer Auswirkungen dienten als wichtige Anhaltspunkte für die Diskussion. Visuelle Hilfsmittel und Grafiken zu Klimagerechtigkeit sowie zur Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen ermöglichten es, komplexe Themen greifbar zu machen und vertieften das Verständnis der Teilnehmer*innen. Die klare Darstellung von Fakten zur Klimakrise durch das "Klima Puzzle" förderte einen konstruktiven Dialog. Allerdings konnte beobachtet werden, dass einige Begriffe, die auf den Materialien angeführt waren, für die Teilnehmer*innen nicht verständlich waren. Nachfragen wurden bspw. beim Begriff "Ernteerträge" oder "CO₂-Emissionen" gestellt. Künftig sollte speziell bei komplexen Themen wie der Klimakrise verstärkt auf einfache Sprache geachtet werden.

Klimagerechtigkeit stellte sich als ein Thema heraus, über das vor allem auch mit Armutsbetroffenen konstruktiv gesprochen werden kann. Auswirkungen der Klimakrise im globalen Süden sind vor allem für Armutsbetroffene mit Migrations- oder Fluchterfahrung von besonderer Bedeutung.

■ Sozialberatung

Aufgrund verschiedener Faktoren eignete sich das Format der klassischen Sozialberatung *nicht* im Rahmen des durchgeführten Beratungscafés. Dies hatte vor allem den Grund, dass ausschließlich Armutsbetroffene das Angebot in Anspruch nahmen, die bereits an die Soziale Arbeit der Volkshilfe Oberösterreich angebunden waren und somit sehr spezifische, detaillierte Fragen hatten. Das Setting des Beratungscafés war dahingehend aufgebaut, dass erste Fragestellungen besprochen werden und sich bei weiteren Themen ein Termin im Rahmen einer klassischen Sozialberatung ausgemacht werden konnte. Während des Beratungscafés war es der Sozialarbeiterin *nicht* möglich, vollständig auf die Themen der Klient*innen einzugehen, da bereits weitere Betroffene auf die Möglichkeit einer Sozialberatung warteten. Die Beratungen im sozialarbeiterischen Bereich standen daher stets unter Zeitdruck.

Ursprünglich wurden Materialien für die Sozialberatung im Rahmen des Beratungscafés vorbereitet, um mit einem Fokus auf Teilhabe und Mitbestimmung über Themen wie Energie, Klima oder Teuerung zu sprechen. Dies klappte allerdings nur bei einer Teilnehmerin, da diese keine konkreten Angelegenheiten mitbrachte. Die Methode stellte sich aber als spannender und vor allem bemächtigender Zugang heraus und sollte für eine Weiterentwicklung des Formats mitgedacht werden.

■ Energieberatung

Der Begriff "Energieberatung" war für die Betroffenen nicht wirklich greifbar und sie hatten keine Vorstellungen darüber, welche Art von Beratung sie bei diesem

Tisch erhalten würden. Es wurde deutlich, dass die Teilnehmer*innen bereits sehr sparsam mit Ressourcen, vor allem im Bereich ihres Haushaltes, umgehen. Überdurchschnittlich hoher Energieverbrauch war bei keiner der Personen vorhanden, die Betroffenen brauchen in den meisten Fällen keine Hilfe um sparsamer zu wohnen. Es wurden Strategien entwickelt, um möglichst wenig Strom zu verbrauchen und vor allem im Winter möglichst wenig heizen zu müssen. Meistens stellen die Fixkosten ihres Wohnraums eine große Belastung dar, an denen sie individuell nichts ändern können. Weiters wurde angemerkt, dass es wichtig wäre, bereits bezahlte Rechnungen von Energiekosten fördern zu können und nicht nur offene Rechnungen bei Unterstützungsangeboten übernommen werden. Im Rahmen des Beratungscafés konnte vor Ort ein Antrag ausgefüllt werden, der von einer Betroffenen mitgebracht wurde. Die Energieberaterin nahm den öffentlichen Raum des Kaffeehauses eher als Hürde und nicht als niederschwelliges Angebot war und empfiehlt für die Energieberatung eher einen geschlossenen, intimeren Ort.

4. Zielerreichung

Das Ziel, einen lockeren Austausch in Kaffeehaus-Atmosphäre zu ermöglichen, konnte gut erreicht werden und vor allem Klima-Themen konnten unter den gegebenen Voraussetzungen mit den eingeladenen Armutsbetroffenen konstruktiv bearbeitet werden. Für die Energie- und Sozialberatung wäre ein anderes Setting von Vorteil gewesen, vor allem da keine neuen Personen erreicht werden konnten. Die Bewerbung müsste breiter umgesetzt werden und gleichzeitig sollte aktiver kommuniziert werden, dass der Besuch des Beratungscafés mit der Organisation finanzieller Unterstützung einhergeht. Um neue Personen zu erreichen, könnte ein Beratungscafé an einem noch öffentlicheren Raum, wie beispielsweise einem Park, Spielplatz oder Einkaufszentrum, angeboten werden. Inhaltlich könnte es dabei ausschließlich darum gehen, Unterstützungsangebote und Kontakte zu Sozial- oder Energieberatungen zu verbreiten oder einen Austausch mit Fokus auf soziale Teilhabe und Bemächtigung anzuregen. Das Ausfüllen von Antragsformularen, die intensive Beratung zu individuellen Herausforderungen oder das Organisieren von direkter Hilfe müsste weiterhin in einem klassischen Format der Sozial- oder Energieberatung passieren.

Die Erfahrungen aus dem Beratungscafé unterstreichen die Notwendigkeit, den Fokus von Sozialorganisationen im Bereich Klima verstärkt auf Anpassungsmaßnahmen oder Projekte zu legen, die unmittelbare finanzielle oder gesundheitliche Vorteile für die Zielgruppe bieten. Der Wunsch nach Informationen zu Vorgehensweisen im Katastrophenfall und Zugang zu kostengünstiger erneuerbarer Energie wurde zusätzlich deutlich.

5. Nachbereitung

Nach Abschluss des Beratungscafés fand ein Austausch zwischen allen anwesenden Mitarbeiterinnen der Volkshilfe zum Format statt, um so eine erste Reflexion zu ermöglichen. Diese wurde anschließend verschriftlicht und floss in die Evaluation ein.



Abbildung 3: Einblicke in das Beratungscafé

BERATUNGSCAFÈ – ZUSAMMENFASSUNG

Hard facts

- Thema: Sozialberatung, Energieberatung und Klimaberatung
- Datum: 22.11.2023
- Uhrzeit: 14-18 Uhr
- Ort: Kreisler*in – das Generationencafé der Volkshilfe
- Teilnehmer*innen: 10 armutsbetroffene Personen (6 Mütter und 4 Kinder)
- Moderation: Nadine Bliem (Sozialberatung), Anuschka Deutschmann (Energieberatung), Sandra Prandstätter (Klimaberatung), alle drei Volkshilfe Oberösterreich
- Kinderbetreuung und Beobachtung: Anna Larcher, Marie Chahrour (Projektteam)
- Vorbereitung und Organisation: Anna Larcher, Marie Chahrour und Nadine Bliem
- Dauer: ca. vier Stunden

Checkliste:

- Kinderbetreuung
- Einfache Sprache bei ungewohnten oder komplexen Themen
- Austausch zu Partizipation, Bemächtigung
- Nicht dieselben Möglichkeiten wie in klassischem Beratungssetting
- Kostenloser Zugang zu Getränken und Speisen
- Finanzielle Unterstützung niederschwellig vor Ort (Ausgabe eines Gutscheins)
- Zeitrahmen von 4 Stunden von Vorteil
- Bekannter oder stark öffentlicher Ort für „Laufkundschaft“

Es konnte herausgearbeitet werden, dass die drei entwickelten Kommunikationsformate unterschiedliche methodische Herangehensweisen verwendet haben, um mit der Zielgruppe Armutsbetroffener über die Klimakrise ins Gespräch zu kommen. In den nachfolgenden Kapiteln werden die gewonnenen Erkenntnisse der Veranstaltungen mit den Ergebnissen der Umfrage fusioniert, umso eine Gesamtanalyse erstellen zu können.

5 Erkenntnisse aus Umfrage und Kommunikationsformaten

Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Erkenntnisse in Bezug auf Klimakommunikation mit Armutsbetroffenen aus der durchgeführten Umfrage und den entwickelten Kommunikationsformaten zusammengefasst. Die eingangs formulierten zentralen Fragen des Projekts zu bestehenden Belastungen von Armutsbetroffenen, Möglichkeiten der Klimawandelanpassung sowie geeigneten Kommunikationsformaten werden im folgenden Kapitel wiederaufgegriffen und beantwortet.

5.1 Inhaltliche Erkenntnisse

Insgesamt orientierte sich das Projekt an den vier Projektzielen Wissensvermittlung, Empowerment, Advocacy und Klimagerechtigkeit, die nun zur Strukturierung der inhaltlichen Erkenntnisse des Projektes herangezogen werden. Bei Erstellung der Umfrage aber auch während der Durchführung der telefonischen Gespräche mit 100 Armutsbetroffenen standen diese im Fokus und wurden stets mitgedacht. Bei den entwickelten und durchgeführten Kommunikationsformaten entstanden unterschiedliche Fokussierungen, welche zur besseren Übersicht in der Tabelle auf Seite 50 dargestellt werden.

Beginnend mit dem Aspekt der Wissensvermittlung, werden die inhaltlichen Erkenntnisse des Projektes im Folgenden anhand der vier Projektziele erläutert.

■ Wissensvermittlung

Die bestehende Armutslage zwingt die Betroffenen zu einem sparsamen Lebensstil, welcher ökologisch nachhaltige Eigenschaften hat, wie die Umfrageergebnisse zeigen: zwei Drittel der Befragten besitzt kein eigenes Auto, 87% sind noch nie oder in den letzten 5 Jahren nicht geflogen und 95% der Befragten versuchen Energie im Haushalt zu sparen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Sorgen und Existenzängste in Bezug auf die Klimakrise

unter Armutsbetroffenen überdurchschnittlich stark vorhanden, auch ein höheres Problembewusstsein für Klimafragen ist erkennbar. Daher stellt sich in Bezug auf das Thema Wissensvermittlung die Frage, inwiefern bestimmtes Wissen zur Klimakrise oder zu Fragen des Klimaschutzes an die Zielgruppe von Armutsbetroffenen vermittelt werden muss. Armutsbetroffene verursachen im Vergleich zu Haushalten mit höheren Einkommen einen sehr geringen Emissions-Ausstoß (Greenpeace 2020). Durch allgemeine Informationen zu Klimakrise und Klimaschutz erhöhen sich die bereits stark vorhandenen psychischen Belastungen. Die massiv eingeschränkten finanziellen Ressourcen bedeuten nicht nur geringe Möglichkeiten in Bezug auf Klimaschutz, sondern auch im Hinblick auf den Schutz der eigenen Gesundheit vor Klima-Auswirkungen. Laut unserer Umfrage möchten 50% der Befragten keine zusätzlichen Informationen zur Klimakrise erfahren, um nicht noch weitere psychische Belastungen und Sorgen zu entwickeln. Die andere Hälfte wünscht sich zwar Informationen zur Klimakrise, aber nur zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen hinsichtlich Anpassungsmöglichkeiten und Hilfsangeboten. Informationen zu Unterstützungsleistungen und zu deren Beantragung müssen insgesamt gebündelter und niederschwelliger gestaltet werden – hier wäre ein stärkerer Fokus auf Wissensvermittlung relevant, allerdings unter der Bedingung, dass dieser zielgruppenspezifisch angepasst wird. Aufgrund fehlender Handlungsspielräume sowie geringer CO2 Emissionen, ist es hingegen *nicht* zielführend, Armutsbetroffene stärker darüber aufzuklären, was sie tun können, um das Klima zu schützen.

■ Empowerment

Armut bedeutet, mit stark eingeschränkten Handlungsoptionen zu leben, und geht daher häufig mit mangelnden Möglichkeiten einher, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Dieses Ohnmachtsgefühl wird durch das Erleben von individuellen aber auch gesellschaftlichen Krisen (wie die Klimakrise) verstärkt, die nur durch politische und strukturelle Ansätze und nicht durch das Verhalten einzelner Individuen gelöst werden können. Durch die Umfrage, aber vor allem durch die Kommunikationsformate, wurde deutlich, dass Betroffene durch den Austausch mit Personen in ähnlichen Lebenslagen gestärkt werden können. Der direkte Kontakt mit Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung war ebenfalls bemächtigend, vor allem, da mit dem Beteiligungsfrühstück ein Rahmen für Kommunikation auf Augenhöhe hergestellt werden konnte. Indem Betroffenen vermittelt wird, dass ihre Perspektiven und Erfahrungen wichtig und erzählenswert sind und Armut gleichzeitig als strukturelles Problem verstanden wird, findet ein Empowerment-Prozess statt. Eine armutssensible Sprache zu verwenden, die stigmatisierende Begrifflichkeiten, wie beispielsweise „sozial schwach“, vermeidet und die Ursachen der Armutslage nicht auf individuelle Handlungen zurückführt, ist für die Zusammenarbeit mit armutserfahrenen Menschen von essentieller Bedeutung.

Verinnerlichte, klassistische Vorurteile³ gegenüber Armutsbetroffenen müssen seitens der Organisator*innen von Kommunikationsformaten im Vorfeld reflektiert und bewusst durch eine respektvolle und armutssensible Sprache ersetzt werden.

▪ **Advocacy**

In der anwaltschaftlichen Arbeit ist es von großer Bedeutung, die Bedarfe, Einstellungen und Herausforderungen der Zielgruppe direkt zu erfragen und daraus Maßnahmen und Strategien zu entwickeln. Im durchgeführten Projekt erfolgte dies mittels der Umfrage sowie der Kommunikationsformate. Armutsbetroffene wurden hierbei als Expert*innen ihrer Lebenslage verstanden und nahmen im Projekt eine entsprechend wichtige Rolle ein. Durch diese Vorgangsweise konnten relevante Daten gesammelt werden, die es ermöglichten, zielgerichtete klimapolitische Maßnahmen für besonders vulnerable Gruppen zu entwickeln und Advocacy-Arbeit im Klimabereich zu leisten. Es wurde deutlich, dass Armutsbetroffene bereits jetzt konkrete und spürbare Belastungen durch die Klimakrise erfahren, zum Beispiel durch gesundheitliche Probleme während Hitzewellen, und aufgrund der Armutslage keine ausreichenden Anpassungsmöglichkeiten haben. Vor dem Hintergrund dieser Belastungen kommunizierten die Betroffenen diverse Bedarfe und Lösungsansätze, wie regelmäßige finanzielle Unterstützung, leistbare regionale und biologische Lebensmittel sowie leistbaren und gut isolierten Wohnraum. Aktuelle, wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die politischen Ableitungen, die daraus getroffen werden, bilden die Lebensrealitäten armutsbetroffener Familien oft nicht ausreichend ab. Grund dafür ist, dass sie als Zielgruppe selten aktiv in Stakeholder-Prozesse, partizipative Forschungsprojekte oder Formate der Bürger*innenbeteiligung eingebunden werden. Das vorliegende Projekt stellt einen Versuch dar, diesen Missstand zu beheben und für die Öffentlichkeit verstehbar zu machen, wie Haushalte mit sehr geringen Einkommen die Klimakrise erleben.

▪ **Klimagerechtigkeit**

In Bezug auf den Aspekt der Klimagerechtigkeit ist einmal mehr auf die gravierende Schieflage hinzuweisen, dass Armutsbetroffene sehr stark von den klima-induzierten Belastungen betroffen sind, obwohl sie einen äußerst geringen ökologischen Fußabdruck vorweisen (BMSGPK 2021; Greenpeace 2020). Aufgrund der geringen finanziellen Mittel haben sie sehr eingeschränkte Anpassungsmöglichkeiten und sind weitaus stärker von öffentlicher Infrastruktur abhängig. Bei armutsgefährdeten Haushalten sind die prekären Wohnbedingungen meist der ausschlaggebende Grund für die erhöhte Klima-vulnerabilität. Zusätzlich

³ Wie zum Beispiel Armutsbetroffenen die Kompetenz abzusprechen, mit finanziellen Ressourcen umgehen zu können.

bestehen, neben finanziellen, auch rechtliche Einschränkungen in Bezug auf Anpassungsmaßnahmen, da Armutsbetroffene meist in Mietwohnungen leben. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass im Zusammenhang mit Klimaschutz bei Personen, die armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, *kein* Verzichtsnarrativ angewendet werden darf. Stattdessen müssen strukturelle und sogenannte klimasoziale Lösungen (Armutskonferenz et al. 2021) im Vordergrund stehen, die darauf abzielen, vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen und gleichzeitig die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein klimafreundliches Leben für alle bereitzustellen (APCC 2023). Ein Leben in Armut erfordert es, die eigenen Prioritäten an der Deckung von unmittelbaren Grundbedürfnissen zu orientieren. Potentiell existenzgefährdende Herausforderungen in der alltäglichen Lebensführung zu bewältigen erfordert ein enorm hohes Maß an mentalen und zeitlichen Ressourcen. Spielräume für bewusst klimafreundliches Handeln bleiben dabei in den allermeisten Fällen keine. In folgender Tabelle werden die entwickelten Kommunikationsformate anhand der vier erwähnten Projektziele nochmals überblicksartig dargestellt.

	Wissens- vermittlung	Empowerment	Advocacy	Klimagerechtigkeit
Fokusgruppe	Austausch unter Armutsbetroffenen zu entwickelten Strategien im Umgang mit klima-induzierten Belastungen.	Armutssensible Sprache, Armutsbetroffene als Expert*innen ihrer Lebenswelt, Gefühl von Gemeinsamkeiten.	Identifizierung von konkreten Belastungen und zielgerichteten Maßnahmen, Fragestellungen hinsichtlich Wünschen und Bedarfen.	Kann als Fragestellung aufgenommen werden, wurde von den Teilnehmer*innen nicht dezidiert thematisiert.
Beteiligungs- frühstück	Armutsbetroffene vermitteln Erfahrungswissen und können auch selbst Fragen stellen bzw. Informationen erhalten.	Armutsbetroffene sind Expert*innen ihrer Lebenslage, ihr inhaltlicher Input wird priorisiert.	Konkrete Belastungen und Bedarfe werden direkt an Personen vermittelt, die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung haben.	Wurde nicht thematisiert, könnte in Form von Impulsfragen aber eingebunden werden.
Beratungscafé	Informationen über konkrete Unterstützungs-	Empowerment durch	Hatte hier weniger Priorität, allerdings	Wurde innerhalb der „Klimaberatung“ thematisiert und

	angebote sollten an Betroffene kommuniziert werden.	Wissensvermittlung über Angebote.	konnten durch die mitgebrachten Fragen und Themen im Beratungscafé ebenso Erkenntnisse für die Advocacyarbeit abgeleitet werden.	stellte sich als interessantes Thema für die Betroffenen heraus.
--	---	-----------------------------------	--	--

Tabelle 1: Kommunikationsformate anhand der Projektziele

5.2 Methodische Erkenntnisse

Anhand der durchgeführten Umfrage unter 100 Armutsbetroffenen und der drei Formate, die für das vorliegende Projekt konzipiert und getestet wurden, konnten zahlreiche, methodische Erkenntnisse in Bezug auf Formen der Klimakommunikation gesammelt werden. Durch die Reflexion und Evaluierung der Projektaktivitäten konnten erste Strategieansätze hinsichtlich Kommunikationsformaten für Armutsbetroffene im Umgang mit der Klimakrise definiert werden. Diese werden im Folgenden beschrieben.

Unabhängig davon, ob es sich um telefonische Umfragen, Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten handelt: Projektvorhaben mit Armutsbetroffenen müssen immer darauf achten, eine armutssensible Vorgehensweise zu wählen. Hierbei sind nicht nur die verwendeten Begrifflichkeiten gemeint, sondern auch die Bereitstellung von kostenloser Verpflegung, die im besten Fall als Teil des Formats gesehen wird, ohne eine beschämende oder stigmatisierende Wirkung zu haben. Die Ausgabe eines Honorars (wie im vorliegenden Projekt zum Beispiel in Form eines Gutscheins einer großen Lebensmittelkette) an die Teilnehmer*innen ist zusätzlich eine Möglichkeit, die zeitlichen Ressourcen sowie den Input der Zielgruppe wertzuschätzen. Oftmals sind die genannten Aspekte Voraussetzung dafür, dass sich Armutsbetroffene überhaupt an derartigen Projekten beteiligen können.

Bei der Erreichung der Zielgruppe ist festzuhalten, dass eine persönliche, telefonische Einladung hilfreich ist, um Rückfragen zu ermöglichen und einen ersten Grundstein für ein Vertrauensverhältnis legen zu können. Armut ist aufgrund von gesellschaftlichen Normen und Werten schambesetzt. Um über ihre Armutserfahrungen und Lebensrealitäten sprechen zu können, ist es für die Teilnehmenden daher unabdingbar, sich vor Ort sicher und wertgeschätzt zu fühlen. Dafür ist es unter anderem entscheidend, Ablauf, Ziele und Erwartungen zumindest in Grundzügen bereits vorab an die Teilnehmer*innen zu

kommunizieren. Darüber hinaus sollten auch Inhalte und Fragestellungen der Veranstaltung so konkret wie möglich und für Armutsbetroffene relevant sein. Hierbei sind, wie bereits erwähnt, sowohl eine armutssensible Sprache als auch eine Orientierung an den Lebenswelten von Armutsbetroffenen eine absolute Notwendigkeit.

Hierarchien zwischen jenen Personen, die das Projektvorhaben durchführen, und Armutsbetroffenen sowie weiteren Stakeholdern müssen aktiv abgeflacht werden. Hierfür eignet sich die schon erwähnte armutssensible Sprache und zum Beispiel Vorstellungsrunden nach speziellen Kategorien, die unabhängig von der Einkommenssituation sind (wie zum Beispiel Wohnbezirk, Anzahl Kinder, etc.) um mögliche Gemeinsamkeiten herstellen zu können. Mehrkindfamilien oder Alleinerzieherinnen sind überdurchschnittlich häufig von Armut und Ausgrenzung betroffen (Statistik Austria 2023), daher ist es essentiell dies vor allem bei den verschiedenen Kommunikationsformaten mitzudenken. Konkret bedeutet das zum Beispiel, bei Veranstaltungen eine kostenlose Kinderbetreuung anzubieten.

Bei den Formaten wurde deutlich, dass der Austausch zwischen Armutsbetroffenen als bemächtigend und bestärkend wahrgenommen wurde. Dies ist ein innovativer Zugang, da bei bisherigen Beteiligungsprozessen der Schwerpunkt häufig darauf lag, Armutsbetroffene zwar einzubinden, aber nicht einen Dialog zwischen Betroffenen herzustellen. Im Zuge der durchgeführten Formate konnte dies erfolgreich getestet werden. Durch den Austausch ist nicht nur ein Gefühl der Solidarität und Gemeinsamkeit zwischen den Betroffenen entstanden, sondern es konnten auch wichtige Strategien im Umgang mit armuts- und/oder klimabedingten Herausforderungen ausgetauscht werden. Prekäre Lebenslagen werden von den Teilnehmenden dadurch nicht als ihr individuelles, sondern als gesellschaftliches Problem verstanden werden, welches es auch gesamtgesellschaftlich zu lösen gilt.

Als zusätzlichen Aspekt ist es von Vorteil, nach einem durchgeführten Format mit Armutsbetroffenen die Möglichkeit anzubieten, Soziale Arbeit in Anspruch zu nehmen. Dies muss nicht, wie beim Format Beratungscafé, teil des Formats sein, sondern kann auch im Nachhinein als zusätzliche Option angeboten werden, so, wie es bei den anderen beiden Veranstaltungen der Fall war. Dafür sollten Fachkräfte der Sozialen Arbeit vor Ort sein, um erste Fragen zu klären oder gegebenenfalls einen Beratungstermin zu vereinbaren.

Zusammenfassend werden folgende Aspekte empfohlen, um bei Formaten der Klimakommunikation eine **armutssensible Vorgangsweise** zu gewährleisten:

- Erwartungen vorab klären: Rahmenbedingungen und Inhalte des Formats klar kommunizieren
- Persönliche, telefonische Einladungen, um Rückfragen zu ermöglichen

- Klare und armutssensible Sprache
- Konkrete und für Armutsbetroffene relevante Fragestellungen
- Honorar/Gutschein für armutsbetroffene Teilnehmer*innen
- Hierarchien zwischen Teilnehmenden abbauen und Vertrauensverhältnis schaffen
- Kostenlose Kinderbetreuung anbieten
- Gratis Verpflegung als Teil des Formats
- Priorität auf Austausch und Dialog zwischen den Teilnehmer*innen
- Sozialarbeiterische Angebote direkt im Anschluss an die Veranstaltung

5.3 Strategische Erkenntnisse

Anhand der bereits dargestellten inhaltlichen und methodischen Ergebnisse lassen sich strategische Erkenntnisse ableiten, die den Umgang mit der Klimakrise für Armutsbetroffene erleichtern können.

Als erstes soll betont werden, dass bei dieser speziellen Zielgruppe *kein* Verzichts- oder Angstnarrativ hinsichtlich der Klimakrise angewendet werden soll. Bedingt durch ihre Armutslage sind Armutsbetroffene täglich mit Einschränkungen konfrontiert und müssen sich auf die Deckung ihrer Grundbedürfnisse konzentrieren. Sie verzichten bereits auf viele Aspekte, die zu einer guten Lebensqualität dazugehören. Nicht nur bei der materiellen Ausstattung oder der gesundheitlichen Vorsorge muss gespart werden, sondern auch bei der kulturellen und sozialen Teilhabe. Armutsbetroffene haben darüber hinaus eine hohe Sorgenlast und zahlreiche Existenzängste; Herausforderungen, die durch die Klimakrise entstehen, belasten hier zusätzlich. Kommunikationsformate für Armutsbetroffene müssen daher das Ziel verfolgen, den Schutz von Armutsbetroffenen vor klima-induzierten Belastungen in den Fokus zu stellen. Die Formate sollen Entlastung für die Betroffenen bieten, bemächtigen und die Relevanz von zielgerichteten, klima-sozialen Maßnahmen unterstreichen.

Hierbei ist zu erwähnen, dass finanzielle Hilfen für Armutsbetroffene von großer Bedeutung sind und sie sich aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht ausreichend vor klima-induzierten Belastungen schützen können, geschweige denn an Beteiligungsprozessen teilnehmen können. Regelmäßige und nachhaltige Unterstützung statt Einmalzahlungen sollten im Mittelpunkt stehen, denn: „Einkommen und Vermögen beeinflussen neben der Möglichkeit, klimafreundlich zu leben, auch die Möglichkeit, klimafreundliche Strukturen zu gestalten [...]“ (Aigner et al. 2021, 6).

Die psychische Belastung von Armutsbetroffenen ist hoch, weshalb dringend mehr kostenlose und niederschwellige Angebote der psycho-sozialen Entlastung

geschaffen werden müssen. Darüber hinaus wird empfohlen, verstärkt konkrete Hilfestellungen für verbesserte Anpassungsmöglichkeiten direkt an Armutsbetroffene zu kommunizieren. Dies sollte den Fokus von Klima-Kommunikation bei dieser speziellen Zielgruppe bilden. Die Projektergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit von konkreten Schutzmaßnahmen, die Betroffene möglichst niederschwellig und kostenlos selbst umsetzen können. Voraussetzung dafür ist die rasche Umsetzung von bestimmten, klimapolitischen Maßnahmen, welche unter anderem folgende Aspekte beinhalten sollten:

- Armutssensible Tipps und Ratschläge im Fall von Extremwettern (angepasst an kostenlose Angebote in der jeweiligen Wohnumgebung).
- Klimarelevante Angebote bündeln und in einfacher Sprache sowie auf verschiedenen Sprachen verbreiten.
- Proaktive, aufsuchende Kommunikation im Sinne von persönlichen Gesprächen und individuellen Beratungen anstatt online Angebote, die Recherche erfordern.
- Beratung und Unterstützung stärker an Alltagsorten der Betroffenen ansiedeln (zum Beispiel bei Kinderbetreuungseinrichtungen, Lebensmittelgeschäften, etc.).

Abschließend ist nochmals zu betonen, dass Armutsbetroffene die Auswirkungen der Klimakrise aufgrund ihrer vulnerablen Lage stärker spüren, als andere Bevölkerungsgruppen. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Lebensrealitäten von Armutsbetroffenen im Kontext der Klimakrise stets im Blick zu behalten. Im anschließenden Kapitel dieses Berichts werden daher politische Ansätze in Bezug auf Armut und Klima dargestellt und die Projektergebnisse somit in eine strukturelle Dimension eingebettet.

6 Strategieansätze für den Umgang mit Armut und Klima

Neben armutssensibler Klima-Kommunikation müssen gleichzeitig auf politischer Ebene Maßnahmen umgesetzt werden, um sowohl ein klimafreundliches Leben als auch ein gutes Leben in Zeiten extremer Klimabedingungen *für alle* zu ermöglichen. Erreicht werden kann dies mithilfe einer „klimasozialen Politik“, welche Konzepte und Lösungsansätze bietet, um soziale und ökologische Krisen zusammenzudenken (Armutskonferenz et al. 2021). Anstatt Verzicht und Einschränkungen von allen zu verlangen, werden dabei die Potentiale einer klimafreundlichen und zugleich sozial gerechten Zukunft herausgearbeitet. Klimasoziale Maßnahmen verbinden soziale mit ökologischen Zielen und zeichnen

sich durch einen armutssensiblen Blick aus. Im Zentrum steht eine klimafitte Infrastruktur, welche die ungleiche Verteilung von klima-induzierten Belastungen mildern und strukturelle Verbesserungen für vulnerable Gruppen erzielen kann, während gleichzeitig Verbesserungen beim Klimaschutz erreicht werden (ebd.).

Die Projektergebnisse sowie Erkenntnisse aus dem Stand der Forschung unterstreichen zwei Bereiche, die für Armutsbetroffene von besonderer Relevanz sind, wenn es um Möglichkeiten der Klimawandelanpassung bzw. des klimafreundlichen Handelns geht: Wohnraum bzw. Wohnumgebung und öffentliche Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund werden folgende **klimasoziale Maßnahmen** für den Umgang mit Armut und Klimakrise empfohlen (siehe u.a. Armutskonferenz et al. 2021; Brenner-Skazedonig/Mosshammer 2023; Braun et al. 2023; Breckner 2020; Klinenberg 2002; etc.):

- Verbesserungen der Wohnbedingungen Armutsbetroffener: Bestehenden Wohnraum klimafit machen, leistbaren und klimafitten Wohnraum schaffen, Umzüge in sanierte Wohnungen erleichtern, Mieter*innenrechte stärken, öffentlichen Wohnbau ausbauen, Mietpreise regulieren
- Schaffung klimafitter und konsumfreier Bereiche in öffentlichen Räumen (innen und außen)
- Zielgruppengerechte, klimafitte Wohnviertel (beschatteter Grünraum, Wasser, etc.)
- Verbesserter Zugang zu regionalen und biologischen Lebensmitteln
- Regelmäßige und nachhaltige finanzielle Unterstützung für Armutsbetroffene bei der Bewältigung von Klimafolgen
- Recht auf leistbare, saubere Energie (Energiegrundsicherung)

Durch eine klimafitte Infrastruktur für alle kann nicht nur die Lebensqualität von armutsbetroffenen Menschen gesteigert werden, sondern auch deren Chancen auf soziale Teilhabe. Dies unterstreicht die zentrale Bedeutung, welche Infrastrukturmaßnahmen für armutsbetroffene Menschen haben. Klimasoziale Maßnahmen schaffen darüber hinaus die nötigen Voraussetzungen dafür, dass auch Haushalte mit geringem Einkommen klimafreundlich handeln können. Dass Klimaschutz auf individueller Ebene, vor allem für Armutsgefährdete, äußerst voraussetzungsvoll ist, zeigt nicht nur unsere Untersuchung: „Nachhaltige Konsumpraktiken können vor allem dann in die eigene Lebensführung integriert werden, wenn sie mit einer Erweiterung materieller Teilhabemöglichkeiten verbunden sind.“ (Fischer et al. 2021, 77). Die nachhaltige Handlungsoption muss also nicht nur die kostengünstigere und attraktivere sein, sondern auch insgesamt zu einer verbesserten Lebensqualität beitragen. In Bezug auf armutsbetroffene Personen muss dabei vor allem ein sicherer und preisgünstiger Zugang zu Gütern

und Dienstleistungen ermöglicht werden, was unter anderem folgende Aspekte beinhaltet (siehe auch BMUB/UBA 2017, 75f):

- Energiesicherheit durch die Vermeidung von Stromsperren (Abschaltverbot!)
- Gute Erreichbarkeit von Versorgungsangeboten
- Soziale Einrichtungen im Wohnumfeld
- Stärkung der nichtmotorisierten Nahmobilität
- Gute und preisgünstige Angebote zur Gemeinschaftsverpflegung
- Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten durch öffentlich zugängliche Grünflächen in der Nähe des Wohnraums
- Maßnahmen zur Reduktion von Umweltbelastungen (Lärm, Schadstoffbelastung in Wohnquartieren) durch präventive Umweltpolitik

In Bezug auf Fragen von „nachhaltigem Konsum“ soll noch einmal betont werden: Wenngleich Armutsbetroffene meist keine Möglichkeiten haben, ihr Handeln an Aspekten des Klimaschutzes zu orientieren, heißt das nicht, dass sie unökologisch handeln. Weber et al. (2023) betonen in diesem Zusammenhang, dass von Menschen, die ohnehin starken Belastungen und eingeschränkten Handlungsoptionen ausgesetzt sind, keine Verantwortung für nachhaltiges Handeln abverlangt werden kann. Im durchgeführten Projekt kamen wir zwar zur selben Schlussfolgerung, doch diese birgt gleichzeitig die Gefahr zu verschleiern, dass armutsbetroffene Menschen bereits höchst ressourcenschonend und damit ökologisch handeln. Es scheint also vielmehr eine Definitionsfrage zu sein, was im öffentlichen Diskurs als „nachhaltiges Handeln“ sichtbar gemacht und honoriert wird. Gemäß ihres ökologischen Fußabdrucks sind armutsbetroffene Menschen „Klimaschutzmeister*innen“ (Sallinger 2023), sie werden jedoch in der Öffentlichkeit nicht als solche wahrgenommen. Im Gegenteil: klassistische und armutsfeindliche Diskurse stellen Menschen mit geringen Einkommen häufig als „Klimasünder*innen“ dar, die sich nicht um die Klimakrise sorgen. Unser Projekt liefert zahlreiche empirische Belege dafür, dass dies weit von der Realität entfernt ist.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse des durchgeführten Projekts bestätigen: Armutsbetroffene sind eine besonders vulnerable Gruppe im Kontext der Klimakrise, was armutssensible Strategien der Klima-Kommunikation erfordert. Klima-induzierte Belastungen sind bei den Betroffenen bereits jetzt spürbar und verlangen nach klimagerechten, strukturellen Lösungen. Eine Klimapolitik, die nach dem Prinzip der Klimagerechtigkeit handelt, muss dafür sorgen, dass der Schutz von Armutsbetroffenen vor den Auswirkungen der Klimakrise verbessert wird. Dies kann nur durch die Einführung der oben erwähnten klimasozialen Maßnahmen erfolgen, die in erster Linie zu einer Verbesserung der Wohnverhältnisse Armutsbetroffener sowie zu einer Schaffung einer klimafitten Infrastruktur beitragen. Um klimapolitische Maßnahmen sozial gerecht zu gestalten und soziale und ökologische Herausforderungen zusammenzudenken, ist es zentral, die Perspektiven, Belastungen und Bedarfe armutsbetroffener Personen zu berücksichtigen. Dafür müssen armutssensible Kommunikationsformate durchgeführt werden, die einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Armutsbetroffenen und Stakeholdern aus dem Klimabereich ermöglicht, und gleichzeitig konkrete Entlastung sowie Ermächtigung bei den Betroffenen bewirkt.

In Bezug auf klimafreundliches Handeln müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden: einerseits muss anerkannt werden, dass Armutsbetroffene vor allem in den Bereichen Haushaltsenergie und Mobilität bereits einen höchst ressourcenschonenden und damit ökologischen Lebensstil verfolgen. Gleichzeitig sind vor allem im Bereich Lebensmittelkonsum oder Wohnbedingungen keine finanziellen Möglichkeiten vorhanden, nachhaltiger zu handeln (siehe Kapitel 3.3.3. Klimafreundliches Handeln). Armutsbetroffene verstärkt dazu aufzufordern, Klimaschutz besser in ihren Alltag zu integrieren und damit mehr fürs Klima zu tun, ist daher weder sinnvoll noch zielführend. Vielmehr sollten Haushalte mit hohem Einkommen und einem nachweislich hohen Energieverbrauch die Adressat*innen solcher Appelle sein.

Abschließend soll betont werden, dass ein Fokus auf eine Gender- und Diversity-Perspektive in Bezug auf die Überschneidungen zwischen Armut und Klimakrise von großer Bedeutung ist. Armutsbetroffene sind oftmals Alleinerzieherinnen, ältere Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung (Statistik Austria 2023). Aspekte wie die Verteilung von Care Arbeit und Mental Load sind im Zusammenhang mit der Klimakrise relevant, da Frauen hier die meiste Arbeit leisten. Durch ihre Betreuungs- und Pflegearbeiten haben (insbesondere armutsbetroffene) Frauen, nicht nur mehr (unbezahlte) Arbeit, sondern auch eine größere Sorgenlast, da die Klimakrise vulnerable Gruppen wie Kinder, Menschen mit Behinderungen oder ältere, pflegebedürftige Personen am stärksten trifft und diese wiederum von der Care Arbeit von Frauen abhängig sind. Armutsbetroffene

mit Migrationserfahrung sind zusätzlich zu den Belastungen, die durch die Armutslage entstehen, mit Rassismus konfrontiert, der wiederum die Anpassungsmöglichkeiten an Klimaextreme erschweren kann (siehe Kapitel 3.3.2.2. Anpassungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarfe). Weiters besteht eine verstärkte Betroffenheit durch Familie und Freund*innen in Herkunftsländern, welche die Auswirkungen der Klimakrise in Form von Naturkatastrophen und Ähnlichem in einem weit ausgeprägteren Ausmaß erleben, als Österreich.

Spezifische Betroffenheiten durch die Klimakrise, wie eben erwähnt aufgrund von Geschlecht oder Herkunft, aber auch durch Aspekte wie Wohnort oder Alter, können im Zuge einer Projektverlängerung und -Aufstockung näher beleuchtet werden. Die Fortführung des Projekts verfolgt das Ziel, Formate der Klimakommunikation für und mit armutsbetroffenen Personen weiterzuentwickeln, und zusätzliche Erfahrungen und Erkenntnisse hinsichtlich der Inhalte, Methoden und strategischen Ansätze zu sammeln.

8 Literaturverzeichnis

Aigner, Ernest/Lichtenberger, Hanna/Brugger, Katharina/Schmidt, Andrea (2023a). Armutgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von Start-Clim2022: Schlüsselmaßnahmen, Messbarkeit und Notfallszenarien. Wien, im Auftrag von BMK, BMWFW, Klima- und Energiefonds, Land Oberösterreich. Online verfügbar unter https://www.kinderarmut-abschaffen.at/fileadmin/user_upload/Media_Library/Bilder/Bilder_nach_Themen/Kinderarmut/Armutsgefaehrdete_Kinder_in_der_Klimakrise_FINAL20230613.pdf (abgerufen am 6.2.2024)

Aigner, Ernest/Allinger, Laura/Eigner, Michael/Moder, Clara/Plank, Christina/Taschwer, Mario/Theine, Hendrik/Theurl, Simon/Vrtikapa, Katerina (2021). Einleitung. Klimasoziale Politik. In: Armutskonferenz/Attac/Beigewum (Hg.). Klimasoziale Politik. Wien, Bahoe Books, 7–10.

APCC (2023). APCC Special Report Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben). Christoph Görg/Verena Madner/Andreas Muhar/Andreas Novy/Alfred Posch/Karl Steininger und Ernest Aigner (Hg.). Berlin/Heidelberg, Springer Spektrum.

APCC (2018). Demographie und Klimawandel: Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (ASR18). Wien, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Armutskonferenz, Die/ATTAC/BEIGEWUM (Hg.) (2021). Klimasoziale Politik: eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien, bahoe books.

Armutskonferenz, Die/Appel, Margit/Brenner-Skazedonig, Alexander/Fabris, Verena/ Graf, Gunter/ Knecht, Alban /Matzinger, Sandra/Rybaczek, Robert/Schenk, Martin (Hg.) (2023). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Wien, BoD-Verlag.

Braun, Hanna/Frey, Iris/Schenk, Martin/Steinhardt, Felix (2023). Energiegrundsicherung. Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird. In: Die Armutskonferenz et al. (Hg.). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Wien, BoD-Verlag, 95–103.

Brenner-Skazedonig, Alexander/Mosshammer, Lina (2023). Die klimasoziale Mobilitätswende. Raus aus dem teuren Autozeitalter. In: Die Armutskonferenz et al. (Hg.). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Wien, BoD-Verlag, 109–116.

Breckner, Ingrid (2020). Neues Soziales Wohnen im Kontext aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen. In: IBA_Wien 2022 und future.lab (Hg.). Neues soziales Wohnen. Positionen zur IBA_Wien 2022. Berlin, jovis Verlag GmbH, 18–19.

BMSGPK (2021). Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich. BMSGPK, Wien. Online verfügbar unter: [Soziales-und-Klimawandel \(sozialministerium.at\)](https://www.sozialministerium.at/soziales-und-klimawandel) (abgerufen am 6.2.2024).

BMUB (2017). Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. BMUB, Berlin. Online verfügbar unter: [Umweltbewusstsein in Deutschland 2016 - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage \(umweltbundesamt.de\)](https://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein-in-deutschland-2016) (abgerufen am 26.1.2024)

Campbell, Sharon/ Remenyi, Thomas/ White, Christopher/ Johnston, Fay (2018). Heatwave and health impact research: a global review. Health Place 53, 210–218. 10.1016/j.healthplace.2018.08.017.

European Commission (2023). Special Eurobarometer on climate change, country factsheet Austria. Brüssel. Online verfügbar unter: [Climate change 2023 eb538 factsheet at en.pdf](https://ec.europa.eu/eurobarometer/surveys/trends/climate-change/country-factsheet-austria) (abgerufen am 26.1.2024)

Hutter, Hans-Peter/ Moshhammer, Hanns/ Wallner, Peter/ Leitner, Barbara/ Kundi, Michael (2007). Heatwaves in Vienna: Effects on Mortality. Wiener Klinische Wochenschrift 119, 223–27. <https://doi.org/10.1007/s00508-006-0742-7>.

Fischer, Corinna/ Hanke, Gerolf/ Seidl, Roman/Stieß, Immanuel/Birzle-Harder, Barbara/Friedrich, Thomas/Götz, Konrad/Savic, Radojka/Stein, Melina/Sunderer, Georg/Hamacher, Jörn/Franke, Keno/Ruesch, Michelle/Wolf, Konstantin/Bennett Valerie (2021). Nachhaltiger Konsum im Dialog. Bürgerbeteiligung und soziale

Teilhabe im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Programms für Nachhaltigen Konsum: neue Impulse für das bürgerschaftliche Engagement. Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: [Abschlussbericht Nachhaltiger Konsum im Dialog \(umweltbundesamt.de\)](https://www.umweltbundesamt.de/abschlussbericht-nachhaltiger-konsum-im-dialog) (abgerufen am 6.2.2024)

Fritsche, Immo/ Barth, Markus/ Jugert, Phillip/ Masson, Torsten/ Reese, Gerhard (2018). Die Psychologie der Großen Transformation muss (auch) eine Psychologie kollektiven Handelns sein. In: *Umweltpsychologie 2018* (1), 139-149.

Glaser, Barney/Strauss, Anselm (1998). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern, Huber.

Greenpeace (2020). *Klimaungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO₂-Ausstoß nach Einkommensschichten im Auftrag von Greenpeace*. Online verfügbar unter: https://mobilitaet.greenpeace.at/assets/uploads/assets/uploads/GP_ReportKlima_ungerechtigkeitAT.pdf?_ga=2.183436655.854638312.1644845240-650833094.1644845240. (abgerufen am 1.2.2024)

Klauber, Hanna/ Koch, Nicolas (2021). Individuelle und regionale Risikofaktoren für hitzebedingte Hospitalisierungen der über 65-Jährigen in Deutschland. In: Christian Günster/ Jürgen Klauber/ Bernt-Peter Robra/Caroline Schmucker/ Alexandra Schneider (Hg.). *Versorgungs-Report Klima und Gesundheit*. Berlin, MWV Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 63-78. <https://doi.org/10.32745/9783954666270-5>

Klinenberg, Eric (2002). *Heat Wave: A Social Autopsy of Disaster in Chicago*. Chicago, IL, University of Chicago Press.

Knabe, André (2021). *Soziale Armut. Wahrnehmung und Bewältigung von Armut in sozialen Netzwerken*. Wiesbaden, Springer VS.

Lampert, Thomas/ Kroll, Lars Eric/ Von der Lippe, Elena (2013). Sozioökonomischer Status und Gesundheit. In: *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz* 56, (5/6), 814-21. <https://doi.org/10.1007/s00103-013-1695-4>

Li, Mengmeng/ Shaohua, Gu/ Bi, Peng/ Yang, Jun/ Liu, Quiyong (2015). Heat waves and morbidity: current knowledge and further direction-a comprehensive literature review. *Int J Environ Res Public Health* 12 (5), 5256– 5283.

Lichtenberger, Hanna/Ranftler, Judith (2022a). Die Butter-Nudel-Woche. Zum Zusammenhang von Familienarmut und Kindergesundheit am Beispiel Ernährung. In: Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (Hg.). *Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich 2022*. Wien, Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, 33-41.

Lichtenberger, Hanna/Ranftler, Judith (2022b). Hitzebelastung armutsbetroffener Familien. Vorabauswertung aus dem Projekt Existenzsicherung 2022/2023. Wien, Volkshilfe Österreich. Online verfügbar unter:

[Hitzebelastung_ArmutsbetroffeneFamilien_Volkshilfe.pdf](#) (abgerufen am 17.1.2024)

Nikendei, Christoph (2020). Klima, Psyche und Psychotherapie. Kognitionspsychologische, psychodynamische und psychotraumatologische Betrachtung einer globalen Krise. *Psychotherapeut* 65 (1), 3-13.

<https://doi.org/10.1007/s00278-019-00397-7>

Peter, Felix / Bronswijk, Katharina van/ Rodenstein, Bianca (2021). Facetten der Klimaangst. Psychologische Grundlagen der Entwicklung eines handlungsleitenden Klimabewusstseins. In: Bernd Rieken/Reinhold Popp/Paolo Raile (Hg.). *Eco-anxiety-Zukunftsangst und Klimawandel Interdisziplinäre Zugänge*. Münster, Waxmann, 161- 183.

Poferl, Angelika/ Schilling, Karin/ Brand, Karl-Werner (1997).

Umweltbewusstsein und Alltagshandeln: eine empirische Untersuchung sozial-kultureller Orientierungen. Opladen, Leske + Budrich.

Sallinger, Christine (2023). Armutsbetroffene sind

Klimaschutzweltmeister*innen. In: *Die Armutskonferenz/Margit Appel/Alexander Brenner-Skazedonig/Verena Fabris/Gunter Graf/Alban Knecht/Sandra Matzinger/Robert Rybaczek/Martin Schenk (Hg.). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten*. Wien, BoD Verlag, 89-93.

Schulz, Marlen (2012). Quick and easy!?! Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Marlen Schulz/ Birgit Mack/Ortwin Renn (Hg.).

Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden, Springer VS.

Statistik Austria (2023). EU SILC. Community Statistics on Income and Living Conditions 2022. Statistik Austria. Wien. Online verfügbar unter

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2022.pdf (abgerufen am 1.2.2024).

Volkshilfe (2023). Sozialbarometer Klima. Online verfügbar unter:

[Sozialbarometer Klima - Volkshilfe](#) (abgerufen am 6.2.2024)

Weber, Roman/Schachner, Anna/Augustin, Sophie (2023). Studie Inklusive Nachhaltigkeit. Der Klimawandel geht uns alle an! Graz, Forschungsbüro Menschenrechte. Online verfügbar unter:

<https://www.lebensgross.at/wp-content/uploads/2023/07/lebensgross-forschungsstudie-inklusive-nachhaltigkeit.pdf> (abgerufen am 1.2.2024)

9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Einblicke in die Fokusgruppe	31
Abbildung 2: Einblicke in das Beteiligungsfrühstück	37
Abbildung 3: Einblicke in das Beratungscafé	45
Tabelle 1 Kommunikationsformate anhand der Projektziele.....	50

10 Liste der Beilagen

Die Beilagen werden im Rahmen einer Zip-Datei dem Bericht beigelegt.

Beilage 1_Fragebogen

Beilage 2_Auswertung Umfrage

Beilage 3_Zusammenfassende Auswertung Umfrage

Beilage 4_Leitfaden Fokusgruppe

Beilage 5_Leitfaden Beteiligungsfrühstück

Beilage 6_Flyer Beratungscafé